Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 157. Sonnabend, den 8. Juli 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kaltes Blut in ernster Gefahr!

Von
Jean Jaurès.

Frankreich hat die Nachricht von der Okkupation Agadirs durch Deutschland kaltblütig aufgenommen. Woher kommt diese Ruhe? Vor allem daher, daß wir den Alarm nun schon das drittemal durchmachen. Nach der Landung von Tanger der Zwischenfall von Casablanca; nach Casablanca Agadir. Man gewöhnt sich an alles. Weiter schien es den Franzosen, daß diesmal Deutschland, das sich wirklich nicht mehr über seine „Einkreisung“ beklagen kann, weniger eine Kraftprobe abzulegen, als ein Pfand für die nachfolgenden Verhandlungen zu erlangen suchte. Und sie zweifelten nicht daran, daß diese Verhandlungen zu einem guten Ende kommen konnten. Die Annahme eines europäischen Krieges um jenes Marokko willen, wo alle Regierungen so grobe Fehler begangen haben, erschien allen Geistern so ungeheuerlich, daß sie sie als unmöglich ausschieden.

Zu jenen allgemeinen Gründen der Beruhigung kamen für die Franzosen auch noch präzisere Gründe. Man sagte sich: Würden, wenn eine gefährliche Spannung bestände, der Präsident der Republik und der Minister des Auswärtigen in diesem Augenblick beide auf Reisen gehen? Insbesondere aber haben wir bald erfahren, daß viele Minister und gerade solche, die zu den einflußreichsten gehören, es für inopportun hielten, auf die Entsendung des deutschen Kanonenbootes mit der französischer Schiffe in die marokkanischen Gewässer zu antworten. Bei dieser Gelegenheit fühle ich mich gedrängt, ein interessantes Detail mitzuteilen. Die französischen Sozialisten können nicht in den Verdacht einer Vorliebe für Herrn Delcassé kommen, dessen Politik sie stets so heftig bekämpft haben. Indes ist es angezeigt, in der dunklen Krise, die wir durchmachen, ein systematisches Mißtrauen zu zerstreuen und die ganze Wahrheit bekanntzugeben. Die Wahrheit ist nun, daß sich Herr Delcassé seit einigen Monaten im französischen Ministerrat der, wie er meinte, unklugen Ausdehnung unserer Operationen in Marokko zu widersetzen bemüht hat. Wahrheit ist, daß er — wir wissen das aus bester Quelle — seit einigen Tagen zu denjenigen gehört, die sich dem Gedanken der Entsendung französischer Schiffe an die marokkanische Küste auf das strengste widersetzt haben. Man hat dies erfahren und die durch einige Börsengerüchte hervorgerufene Erregung hat sich schnell gelegt. Aber wenn die internationale Situation nicht unmittelbar gefährlich ist, bleibt sie doch ernst und sie fordert die tätigste Wachsamkeit des europäischen Proletariats.

Es ist eine ernste Sache, daß Deutschland durch die plötzliche Besetzung von Agadir Europa nervösen Bewegungen ausgesetzt hat, von denen niemand mit Gewißheit vorhersagen konnte, daß sie sich nicht ereignen würden und die die unheilvollsten Folgen haben konnten. Es ist eine ernste Sache, daß man in den Ministerräten von Paris und London an die Entsendung von Seestreitkräften an die marokkanischen Küsten gedacht hat. Es hätte genügt, daß in dieser Schwenkung sich die Geister in der Richtung des Abenteuers geneigt hätten und die furchtbarsten Möglichkeiten hätten sich eingestellt. Wir müssen uns Glück wünschen, daß die französischen Minister auf die Beratungen der englischen keinen schwerfälligen Druck ausgeübt haben. Und Glück müssen wir uns wünschen, daß diese zur Weisheit und Mäßigung in ihren Entschlüssen geneigt scheinen. Aber dennoch, welche Gefahren läuft der Frieden unaufhörlich! Man fühlt, daß es nur kleiner Verschiebungen bedurfte, um das diplomatische Gleichgewicht zu brechen und blinde, verbrecherische Gewalt jäh zu entfesseln.

Was die Gefahr noch vergrößert, ist die chronische und allgemeine Abwesenheit des guten Glaubens in den internationalen Beziehungen. Frankreich hat die Akte von Algeciras offenkundig verletzt, Spanien die Akte von Algeciras und den französisch-spanischen Geheimvertrag. Deutschland verletzt die Akte von Algeciras und das französisch-deutsche Abkommen. Die Verträge haben weder Sinn noch Wert mehr. Sie sind Zelte für einen Tag, unter denen man sich birgt, um den Gegner auszuspähen und leichter zu überfallen. Es ist notwendig, daß sich alle Proletarier vereinigen, um den tiefen Fall in die Barbarei und die völlige Zersetzung des europäischen Gewissens zu verhindern. Ihre unmittelbare Aufgabe in der marokkanischen Frage muß sein, die Rückkehr zum wahren Sinn der Akte von Algeciras zu fordern, die die Unverletzlichkeit Marokkos verbürgt. Sie müssen überall zusammen die gleichzeitige Räumung des marokkanischen Gebietes durch Frankreich, Spanien und Deutschland fordern. Wir haben den wachsamen Protest unserer deutschen Genossen mit Freude wahrgenommen. Sie dürfen gewiß sein, daß die französischen Sozialisten die Ereignisse mit besorgter Aufmerksamkeit verfolgen und ihre Pflicht nicht versäumen werden.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Start um die bürgerlichen Stichwahlparolen.

Die Nationalliberalen werden nicht müde, den Konservativen ins Gewissen zu reden, sie möchten doch ihre Wahlparole ändern und im Kampfe zwischen Liberalen und Sozialdemokraten nicht Gewehr bei Fuß stehen. Angst vor den Wahlen! Angst, die jeden Gedanken beherrscht, aus jedem Worte spricht. Und jeden Tag kommt ein anderes nationalliberales Organ, ein anderer Wortführer, der fleht und bettelt: Bleibt nicht so hart ihr konservativen Freunde! In ihrer Ausgabe vom 6. Juli bittet die „Berl. Börsenztg.“ also:

„Wir verstehen Ärger und Empörung bei den Konservativen darüber, daß die extreme bürgerliche Linke kein Hehl daraus macht, daß sie, um der Niederringung der Konservativen willen bei Stichwahlen lieber den Sozialdemokraten wählen wird. Aber das berechtigt die konservative Partei noch immer nicht zu der Vergeltungsparole. Tut sie es aber, so darf sie sich nicht wundern, wenn sie bei der Beurteilung gleich bewertet wird. Dann gibt sie allen recht, die in ihr auch nur eine extreme und rabiate Partei sehen, die nur ihre eigenen Vorteile kennt, und, was der Partei zugefügt ist, das Allgemeinwohl entgelten läßt. Mit der Gewaltpolitik, die die konservative Parteiführung treibt, geht sie einen gefährlichen Weg. Bestände nur die Gefahr, daß sie selbst dabei Schaden nimmt, so hätten wir kaum Veranlassung, sie zu warnen. Aber sie schädigt die Gesamtheit. Was sie anderen so sehr zum Vorwurf gemacht hat, dessen macht sie sich jetzt selbst im höchsten Grade schuldig. Sie verwischt die klare gerade politische Auffassung, an deren Erhaltung wir unbedingt arbeiten müssen. Die aber lautet auf eine knappe Form gebracht: Gegen den Sozialdemokraten jeden bürgerlichen Kandidaten!

Für die nationalliberale Partei gibt es jedenfalls keine andere Stichwahlparole. Und darin hat sie die weitaus überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Wähler hinter sich“.

Die Nationalliberalen mögen sich beruhigen. Wenns zum Klappen kommt, werden auch die Konservativen trotz allen Hasses gegen die Linksliberalen diese gegen die Sozialdemokratie heraushauen.

Das Staatsangehörigkeitsgesetz.

Die „Deutsche Tageszeitung“ will erfahren haben, daß die Vorarbeiten zu dem Gesetz über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit nun endlich vollkommen abgeschlossen sind und daß der Entwurf im kommenden Winter dem neuen Reichstag zugehen wird. Über die Grundzüge des Entwurfes weiß das agrarische Blatt folgendes zu berichten:

„Während bisher ein Auslandsdeutscher seine Staatsangehörigkeit verlor, wenn er länger als zehn Jahre im Auslande geweilt hatte, ohne sich in dieser Zeit bei einem deutschen Konsul zu melden, bestimmt der Entwurf, daß ein Auslandsdeutscher gegen oder ohne seinen Willen seine deutsche Staatsangehörigkeit überhaupt nicht mehr verlieren kann. Die Anmeldung beim Konsul soll fortfallen. Dafür verpflichtet sich der Auslandsdeutsche dem Reiche gegenüber, seine gesetzliche Militärpflicht abzuleisten, wenn nicht ganz gewichtige Gründe einer solchen Ableistung entgegenstehen. Für den Mobilmachungsfall wird auf die Einziehung zur Fahne verzichtet, wenn der Deutsche sich im Auslande befindet, jedoch ist er verpflichtet, sich zu stellen, wenn er sich in der Heimat oder in einer der deutschen Kolonien aufhält. Bezüglich der Ableistung der Militärpflicht werden die Anforderungen für die Auslandsdeutschen wesentlich herabgesetzt. Zunächst wird die Möglichkeit, sich überall im Auslande auf die Tauglichkeit untersuchen zu lassen, erleichtert. Im allgemeinen genügt eine Untersuchung am Orte eines Konsulats, in schwierigen Fällen sogar die Einsendung eines Attestes eines angesehenen Zivilarztes. Der einmalige gesetzliche Dienst in der Linie soll für den Auslandsdeutschen genügen, während von der Einberufung zu Reserve- und Landwehrübungen abgesehen wird. Gegebenenfalls kann die Ableistung der aktiven Dienstzeit in einer deutschen Kolonie erfolgen. Der Transport der Dienstwilligen nach der Heimat erfolgt auf Kosten des Reiches. In Fällen, in denen nachgewiesen wird, daß die Ableistung der Militärpflicht den Auslandsdeutschen wirtschaftlich schwer schädigen würde, kann eine Entbindung von der Dienstpflicht stattfinden. Der Gedanke, die Auslandsdeutschen in irgendeiner Weise zur Steuerleistung heranzuziehen und davon die Staatsangehörigkeit abhängig zu machen, ist aufgegeben worden.“

Ein Gegner des Zölibats.

Die Zeitungen meldeten dieser Tage den Autritt des katholischen Geistlichen Dr. Peter Anton Kirsch in Köln aus der Kirche. Wie sich jetzt herausstellt, ist der Grund des Übertritts Dr. Kirschs zum Altkatholizismus in seiner Absicht zu suchen, eine Ehe einzugehen, genau wie der bayrische Mönch und berühmte Kanzelredner Pater Benno Auracher der katholischen Kirche den Rücken kehrte, um sich dem Zwange des priesterlichen Zölibats zu entziehen. Dr. Kirsch war von 1906 bis jetzt Redakteur für den literarischen Teil der „Kölnischen Volkszeitung“. Er hat in der katholischen Literatur einen Namen als Verfasser einer Reihe kirchengeschichtlicher Werke. Vor elf Jahren gab er ein Buch heraus, das sich mit — Luthers Heirat befaßte und zwar im Sinne des Zölibats. Damals ahnte der Geistliche nicht, daß er selbst einmal in der Ehefrage die Wege Luthers wandeln werde.

Nationalliberale Prinzipienfestigkeit.

Dem „Berliner Tageblatt“ (Nr. 341, 7. VII) wird aus Düsseldorf telegraphiert:

„Der Hauptvorstand der liberalen Vereinigung beschloß, keinen Kandidaten zur Reichstagsersatzwahl aufzustellen. Man darf gespannt sein, was die Volkspartei sagt.“

Dieser liberalen Vereinigung gehören auch die Fortschrittler an und das „Berliner Tageblatt“ verlangt, daß nunmehr die Fortschrittliche Volkspartei sofort einen eigenen Kandidaten aufstellen solle. — Das Verhalten der Liberalen ist umso skandalöser, als sie bei der letzten Wahl noch 14 664 Stimmen gemustert haben, die einem nationalliberalen Kandidaten zugefallen sind.

Holländisch-deutscher Zwischenfall.

Am 1. Juli ist in Holland ein neues Fischereigesetz in Kraft getreten. Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Köln gemeldet wird, hat sich auf Grund dieses neuen Gesetzes der Bürgermeister von Finsterwolde in Groningen mit einer Polizeikommission zu Schiff auf den Dollart begeben, um die Fischereigeräte der preußischen Fischer auf den Watten zu beschlagnahmen und die Fischer an der Ausübung der Fischerei mit Gewalt zu verhindern. Da es sich hierbei für die preußischen Fischer um eine Existenzfrage handelt, befürchtet man, daß es zu Zusammenstößen kommen wird. Die Fischer haben bei dem Gericht in Woener Klage auf Ungültigkeitserklärung der gegen sie gerichteten Bestimmungen des holländischen Fischereigesetzes angestrengt.

Auch ein Merkblatt!

Auf der Hygiene-Ausstellung in Dresden wird ein Merkblatt „Die Deutsche Arbeiterversicherung“ verteilt, das von dem Arbeitsausschuß der Sonderausstellung „Die Deutsche Arbeiterversicherung“ herausgegeben ist. In diesem Heftchen werden die Beträge an Krankengeld, Arztekosten, Unfallrenten usw. stets als „Zuwendungen“ an die Arbeiter bezeichnet. Wie wenn diese Summen den Arbeitern geschenkt worden wären und nichts davon, daß alle diese Gelder doch erst von den Arbeitern aufgebracht worden sind, die Unternehmerbeiträge und die Reichszuschüsse auch mit inbegriffen. Die Arbeitgeber, so heißt es wörtlich, tragen die Kosten der Unfallversicherung allein! Nichts davon, daß doch die Arbeit die Taschen füllt, aus denen ein winziger Teil an Versicherungsbeiträgen wieder herausgeht. Wortwörtlich liest man dann:

„Die Berufsgenossenschaften sind darauf bedacht, den verletzten Arbeiter völlig wieder herzustellen und seine Erwerbsfähigkeit zu erhalten.“

Zumindest hätten hier auch die Anstrengungen erwähnt werden müssen, die Renten zu quetschen und die Versicherungsämter bis ganz hinauf von der „Gewöhnung an Unfallfolgen“ zu überzeugen! Vom Heilverfahren der Versicherungsanstalten ist gar lobend die Rede, nicht aber von seiner unglücklich unter Dach gebrachten Verschlechterung. Und die Schlußapotheose, daß

„von der deutschen Arbeiterversicherung täglich den Arbeitern zugewendet werden 1 900 000 Mk.“

Aber es fehlt leider die Angabe, wieviel jährlich den Junkern, dem Militarismus, den hohen Beamten, den Panzerplattenpatrioten und den steuerfreien Bundesfürsten zugewendet wird. Zum Schluß des originellen Merkblattes ist gesagt:

„Seit ihrem über 25jährigen Bestehen hat sich die deutsche Arbeiterversicherung in Erfüllung der Kaiserlichen Botschaft Kaiser Wilhelms I. vom 17. November 1881 als eine wirksame „Förderung des Wohles der Arbeiter“ erwiesen. Darüber hinaus ist sie ein Grund- und Eckpfeiler der auf die Förderung der Volkswohlfahrt gerichteten hygienischen Bestrebungen im Deutschen Reiche geworden.

Auf ihrem Boden werden Arbeitgeber und Arbeiter zur gemeinsamen Verwaltungsarbeit zusammengeführt, wodurch ein Ausgleich sozialer Gegensätze angebahnt wird."

Und offenbar deshalb mindert man jetzt durch die glorreiche Reichsversicherungsordnung überall den Einfluß der in erster Linie Interessierten, der Versicherten, und bahnt den Ausgleich der Gegensätze dadurch an, daß man Arbeitnehmer und Arbeitgeber in getrennten Körperschaften beraten läßt und das Zustandekommen von Beschlüssen möglichst erschwert. Wir hoffen, daß auf dieses Merkblatt, das ausschließlich zu rühmen weiß, in nicht zu ferner Zeit die deutschen Arbeiter mit andern Merkblättern, nämlich mit dem Stimmzettel, antworten werden!

Die „rote Gefahr" und die katholische Kirche.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" versuchten an der Hand der Reichstagswahlstatistik nachzuweisen, daß von einer ultramontanen Gefahr keine Rede sein könne, wohl aber drohe eine rote Gefahr, gegen die alle Parteien zusammenhalten sollten. Die „Germania" freut sich dieser Argumentation und sie weiß auch ein Mittel gegen die rote Gefahr, die sie nicht so sehr in der Zahl der Mandate als in der Zahl der Stimmen sieht:

„Im Parlament selbst ist die Sozialdemokratie nicht so schlimm, daß der Staat ernstlich etwas befürchten müßte; die rote Mehrheit ist eine Phantasie; in allen Lebensfragen der Nation wäre nichts zu fürchten, wenn selbst 140 rote Abgeordnete gewählt würden; die Mehrheit von 250 Abgeordneten aber — 230 ohne die Polen — müßte dann nur umso fester zusammenhalten. Es mag hier und dort unangenehm sein, eine so starke rote Fraktion zu haben; aber das Gefährlichste ist dies an der Sozialdemokratie nicht. Dem Staats- und Völkerleben wird vielmehr weit mehr zugesetzt, und deshalb wird es weit bedenklicher bedroht durch die roten Volksmassen; sie sind die einzige Gefahr für die deutsche Nation. 150 Sozialdemokraten im Reichstage sind nicht so bedenklich wie 10 Millionen sozialdemokratisch gesinnter Deutscher einschließlich der Familien. Hier muß der große Kampf ausgefochten werden.

Was aber tut der Staat hier zur Abwehr? So gut wie nichts. Ausnahmegesetze, so meint die „Germania" weiter, helfen nicht, Militarismus und Sozialpolitik nützen auch nichts, und

„Wenn die Kirche sich anbietet lehnt er (der Staat) diese Hilfe ab; wir erinnern hier an das Fortbildungsschulgesetz usw. Nur ja nicht zu viel Religion! Diese große liberale Irrlehre steckt in unserm Staate noch so tief in den Knochen, daß er lieber dem Ruin entgegeneilt, als daß er diese Hilfe annimmt. Darum die rote Gefahr."

Warum macht sich denn die Kirche nicht ohne Staatsunterstützung an die Bekämpfung der roten Gefahr? Oder traut sich die Religion ohne polizeiliche Unterstützung die Kraft nicht zu, den roten Feind zu schlagen? Viel Vertrauen in die „göttliche Kraft des religiösen Gedankens" würde das gerade nicht beweisen.

Nicht Schafskopf, sondern Dummkopf.

Eine heitere Geschichte, die bereits dankbaren Stoff für die Witzblätter geliefert hat, beschäftigt seit einigen Wochen die bürgerliche Presse. Nach einer Kircheneinweihung in Liebemühl (Ostpreußen) hatte der Königsberger Superintendent Braun das Geständnis abgelegt, daß er selbst und die versammelten Tischgäste gegenüber der überragenden Genialität des deutschen Kaisers samt und sonders Schafsköpfe seien. Dieses von tiefster Selbsterkenntnis zeugende Geständnis hat dem hochwürdigen Herrn, wie er dieser Tage in Insterburg, und zwar wiederum bei einem Festmahl aus Anlaß einer Kircheneinweihung, erzählte, eine ganze Reihe anerkennender Zuschriften eingetragen. Eine der ersten dieser Postkarten, so erzählte das offenbar etwas sehr mitteilsame Kirchenlicht nach einem Bericht der „Ostdeutschen Volkszeitung", sei aus Dresden gekommen und habe gelautet: „An den Generalsuperintendenten von Ostpreußen, zu finden im Klub der Schafsköpfe." Das rühre ihn indessen nicht; er habe in Liebemühl gewissermaßen zu einem internen Kreise gesprochen und glaube nicht, daß sich einer von den dort Anwesenden getroffen und beleidigt gefühlt habe. Außerdem habe sich nach dem Wortlaut seiner Äußerungen auch niemand beleidigt fühlen können. Er sei Vorpommer und in seiner Ausdrucksweise an das Wesen seiner Heimat gewöhnt, seiner Heimat, deren Menschenschlag mit Ostpreußen so viel Ähnlichkeit habe. Das Wort „Dummkopf" wende man in seiner Heimat nicht an; deshalb habe er das andere, landläufigere gebraucht. Aber die heutige Festversammlung möge sich nicht fürchten, sie sei nicht in Gefahr. (Große Heiterkeit der Festversammlung.) In Liebemühl habe er nur ausgeführt, wie er in den vielfachen Gesprächen des Kaisers, denen er beiwohnen durfte, den Monarchen bewundern gelernt habe. Bewundern, wie vielseitig dieser Mann sei, wie er sich auf allen Gebieten weitgehende Kenntnisse angeeignet habe und sich bemühe, alles zu erlernen und zu verstehen, sich über alles ein Urteil zu bilden. „Gegenüber diesem Manne", so etwa habe er gesagt, „kamen wir uns beinahe wie Schafsköpfe vor." Aber jetzt sage er nur noch Dummkopf. (Erneute große Heiterkeit der Festversammlung.) Mit der Beteuerung, daß er kein Byzantiner sei (!), und mit einer Verherrlichung Wilhelms II. (!!) schloß der Generalsuperintendent seine Rede.

Wir müssen natürlich die Entscheidung der Frage, welche Bezeichnung die Eigenart seiner Persönlichkeit besser charakterisiert, ob Schafskopf oder Dummkopf, in angeborener Höflichkeit und Bescheidenheit dem Herrn Superintendenten selbst überlassen. Vielleicht prüft der Herr aber einmal in christlicher Demut, ob nicht alle beide zutreffen.

Die Marokkofrage in der württembergischen Kammer.

In der gestrigen Sitzung der württembergischen Zweiten Kammer verlas Präsident v. Payer eine Erklärung des württembergischen Ministerpräsidenten, in der es heißt: Die württembergische Regierung sei nicht in der Lage, auf die sozialdemokratische Marokko-Interpellation im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit zu antworten. Sie sei zur Beantwortung bereit, wenn hierfür ein späterer Zeitpunkt in Aussicht genommen würde. Mit dieser Erklärung war die Angelegenheit für diese Sitzung der Kammer erledigt. Die bürgerlichen Parteien, zwischen denen, wie wir aus guter Quelle hören, ein stillschweigendes Übereinkommen bestand, sich an der evtl. Debatte über die Interpellation überhaupt nicht zu beteiligen, nahmen diese Art der Erledigung mit Gelächter auf. — Die sozialdemokratische Fraktion wird ihre Interpellation aufrecht erhalten. Sie hat für gestern nur von einer Besprechung Abstand genommen, weil sie überzeugt war, daß die bürgerlichen Parteien in ihrer Gesamtheit eine Besprechung abgelehnt hätten, weil sie nicht willens sind, den Kriegshetzereien der konservativen württembergischen Presse das Handwerk zu legen. Es ist mit einer späteren Beantwortung der Interpellation zu rechnen.

Österreich-Ungarn.

Endergebnis der Wahlen in Galizien. Nach einem Telegramm aus Wien sind gewählt: 71 Mitglieder des Polenklubs (ein Mitglied mehr als bisher), 23 Ukrainer (mehr 2), 2 russophile Ruthenen (unverändert), 7 polnische Sozialdemokraten (mehr 2) und ein ukrainischer Sozialdemokrat. Das bisher von den ukrainischen Sozialdemokraten innegehabte zweite Mandat ging an den Ukrainer verloren. Von den Altruthenen, die bisher drei Mandate inne hatten, wurde keiner wiedergewählt, ebenso kein Zionist. Der Polenklub setzt sich folgendermaßen zusammen: 21 Konservative (mehr 13), 14 Demokraten (mehr 2), 24 Angehörige der polnischen Volkspartei (mehr 5), 10 Allpolen (weniger 6) und zwei Anhänger Stojajewskis (weniger 3).

Frankreich.

Antimilitaristenfurcht. Die Antimilitaristenriecherei in Frankreich treibt sonderbare Blüten. Neuerdings wurden Durchsuchungen in der Pariser Arbeitsbörse vorgenommen, die mit der antimilitaristischen Propaganda in Verbindung gebracht werden. Die bürgerlichen Depeschenbureaus, die bekanntlich ihre Meldungen aus polizeilichen Quellen beziehen und die daher mit der nötigen Reserve aufzunehmen sind, berichten darüber: „Vor kurzem wurde festgestellt, daß eine Anzahl Soldaten durch die Post Geldanweisungen von 5 und 10 Fr. erhielten, denen antimilitaristische Rundfragen beigelegt waren. Die Nachforschungen ergaben, daß die Sendungen von den Sekretären des Bauarbeitersyndikats, Baritaud und Dumont, abgesandt waren. Ferner wurde festgestellt, daß dieses Syndikat und einige andere Arbeiterverbände die Einrichtung getroffen haben, ehemaligen Mitgliedern, die ihrer Militärpflicht genügen, von Zeit zu Zeit Unterstützungen zuzuschicken, um sie daran zu erinnern, daß sie als Syndikalisten die Pflicht hätten, im Streikfalle auf ausständige Arbeiter nicht zu schießen. Die Durchsuchung des in der Arbeitsbörse gelegenen Bureaus fand unter großem Polizeiaufgebot statt und nahm mehrere Stunden in Anspruch. Es wurden zahlreiche Schriftstücke beschlagnahmt. Auch in der Wohnung der Syndikatssekretäre Baritaud und Dumont wurden Durchsuchungen vorgenommen und eine Anzahl Briefe, von Soldaten herrührend, sowie Postanweisungen beschlagnahmt. In Syndikatskreisen wird behauptet, daß die ganzen Maßnahmen den Zweck hätten, die Bauarbeiter, die den Gesamtausstand planen, einzuschüchtern. Die Behörden hätten schon seit langem die bei den Syndikaten bestehende Einrichtung des „Sou des Soldates" gekannt und darin nichts Ungesetzliches gefunden. Die beschlagnahmten Papiere seien übrigens ganz harmloser Natur. Fast gleichzeitig wurden auf Anordnung des Kommandeurs des 76. Infanterie-Regiments die Effekten der Mannschaften geprüft und drei Soldaten verhaftet, in deren Tornistern antimilitaristische Lieder vorgefunden wurden.

Portugal.

Die angeblichen Monarchistenputsche. Die portugiesische Gesandtschaft in Berlin erhielt von dem portugiesischen Minister des Äußeren folgende Depesche: Die Nachricht von einer Meuterei der Marine entbehrt jeder Begründung. Die militärische Disziplin ist vollkommen. Im ganzen Lande herrscht völlige Ruhe.

England.

Um Marokko. Im Unterhaus gab am Donnerstag Premierminister Asquith folgende Erklärung über die Marokkofrage ab: Die kürzlichen Ereignisse haben eine Diskussion zwischen den an Marokko meistinteressierten Mächten veranlaßt, und ich kann in diesem Stadium nur wenig über die Verhandlungen sagen, die zwischen ihnen stattfinden. Ich wünsche, daß es klar verstanden werde, daß die britische Regierung der Ansicht ist, es sei in Marokko eine neue Situation entstanden, in welcher es möglich ist, daß künftige Entwicklungen die britischen Interessen direkter berühren, als dies bisher der Fall gewesen ist. Wir hegen das Vertrauen, daß die diplomatische Diskussion eine Lösung finden wird, und in dem Anteil, den wir an ihr nehmen werden, werden wir gebührende Rücksicht nehmen auf den Schutz jener Interessen und auf die Erfüllung unserer Vertragsverpflichtungen gegenüber Frankreich, die dem Hause wohl bekannt sind. (Lauter Beifall.) Das ist ein kalter Wasserguß auf die Köpfe der deutschen Kriegsschreier. England stellt sich auf Frankreichs Seite und wird in den Verhandlungen dafür sorgen, daß die Wünsche der deutschen Panzerplattenfabrikanten unerfüllt bleiben.

Amerika.

„Revolution" in Paraguay. Nach aus Assumption in Buenos Aires eingegangen Meldungen erhoben sich die Offiziere der Garnison gegen die Regierung. Präsident Jara wurde gefangen gesetzt und ist von seinem Posten zurückgetreten. Der Kongreß ernannte den Präsidenten des Senats, Rejas, zum vorläufigen Präsidenten der Republik. Die Vorgänge spielten sich ohne Blutvergießen ab.

Bergers erste Rede im Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika. Infolge der seltsamen Geschäftsordnung, die es von der Gnade der Leiter der großen Parteien abhängig macht, ob, wann und wie lange ein außerhalb stehender Redner sprechen kann, erhielt Genosse Berger erst am 14. Juni Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Seine Redezeit war auf eine Stunde bemessen und er mußte zu dem demokratischen Antrage auf Herabsetzung der Zölle sprechen. Trotzdem gelang es ihm, an die vorliegende Frage anknüpfend, knapp und bestimmt eine Reihe der wichtigsten Gedanken des Sozialismus darzulegen und die Sozialpfuschereien der alten Parteien oder bürgerlicher Reformer zu kennzeichnen. Er lehnte scharf den „Schutz der nationalen Arbeit" durch Zölle ab und kennzeichnete ihn als Schutz der Kapitalsinteressen. „Sie machen fortwährend Gesetze zum Schutze des Fabrik- und Bankwesens und des Handels, Gesetze für Fabrikanten, Bankiers und Kaufleute. Aber der Mann, der nur seine Arbeitskraft besitzt, erhält keinen Schutz. Wenn er beschützt werden will, muß er ein Verbrechen begehen. Dann schreitet das Gesetz ein und läßt ihm seinen Schutz angedeihen, den Schutz des Gefängnisses. So lange er gesund und anständig ist, wird er vom Gesetz nicht beschützt. Ebensowenig wie den Schutzzoll, den er kennzeichnete als Gewährung einer Prämie an Unternehmer bestimmter Art, ließ er den Freihandel als Allheilmittel gelten. Es sei unrichtig, die Trustbildung, die allerdings durch die Zollpolitik gefördert werde, ausschließlich auf diese zurückzuführen. Sie sei im Wesen der kapitalistischen Entwickelung begründet und eine notwendige Vorstufe der Sozialisierung der Produktionsmittel. Auch die gepriesenen Allheilmittel der Freisilberprägung und des „Einzig-Steuer-Systems" der Bodenreformer beleuchtete er. In Vancouver, Britisch-Columbia, sei die Forderung der Grundsteuer als der einzigen Steuer verwirklicht, aber der große Streik dort beweise, wie wenig dadurch die Not beseitigt sei. „Wir werden weder soziale Freiheit noch völlige Gerechtigkeit haben, bis alle Mietarbeit beseitigt ist und alle Menschen zugleich Arbeiter und Arbeitgeber geworden sind. Das aber ist nur möglich durch den Gemeinbesitz und die demokratische Leitung der Produktions- und Verteilungsmittel". Das Repräsentantenhaus war so höflich, den geschworenen Feind seiner wirtschaftlichen Grundsätze bei seiner Jungfernrede freundlich zu begrüßen. „Washington Star" schreibt darüber: „Fast jedes in der Stadt anwesende Mitglied war erschienen. Als Berger sich erhob, erscholl starker und anhaltender Beifall. Viele Mitglieder waren zweifellos nur aus Neugierde da, um zu hören, wie im Kongreß zum erstenmal ein Mann, beseelt von hohen Idealen, den Niedergang der Gesellschaft schildern werde. Mr. Berger wurde mehrmals von Mitgliedern unterbrochen, die auf ihre Kenntnisse in der politischen Ökonomie sehr stolz sind. Der dadurch herbeigeführte Meinungsaustausch war sehr interessant. Berger kam jedesmal sehr gut davon."

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 8. Juli.

Achtung Maler! Bei der Firma W. Niset in Schlutup sind die Kollegen in den Streik getreten. Zuzug nach dort ist strengstens fernzuhalten.

Achtung, Tapezierer! Die Tapeziergehilfen Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! Über die Arbeiten des Unternehmers Beth in Badendorf ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt.

Die Zweigvereinsleitung.

Die staatliche Säuglingsfürsorgestelle ist, wie aus dem Inseratenteil unseres Blattes hervorgeht, nunmehr eingerichtet worden. Mütter und Pflegemütter können dort in allen Fragen der Ernährung und Pflege der Säuglinge im Alter bis zu zwei Jahren unentgeltlich ärztlichen Rat erhalten. Die Sprechstunden werden bis auf weiteres abgehalten Mittwochs von 1—2½ Uhr von Herrn Dr. Pauli im Kinderhospital und Freitags zu gleicher Zeit im Schulgebäude Schwartauer Allee 44a von Herrn Dr. Joel. Hoffentlich machen die Mütter von dieser Einrichtung regen Gebrauch.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Juni 1911 beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommensteuer 108 558,25 Mk., Wertzuwachssteuer 5322,— Mk., Grundsteuer 14 116,23 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 4609,66 Mk., Veräußerungsabgabe 19 742,44 Mk., Stempelabgaben 11 928,80 Mk., Schiffsabgaben 50 430,48 Mk., Gewerbesteuer 61,75 Mk., zusammen 214 764,61 Mk. gegen 165 335,74 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin im Juni 1911 mehr 49 428,87 Mark. In der Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1911 gingen insgesamt 1 391 591,52 Mark ein gegen 1 215 096,33 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin jetzt 176 495,19 Mk. mehr.

Die Religionsbekenntnisse im Lübeckischen Staat nach der letzten Volkszählung. Vom Statistischen Amt geht uns folgende Aufstellung zu:

		Stadt	Land	Staat	v. H.
Evangelische	1910	94 867	16 676	111 543	95,64
	1905	88 447	14 045	102 492	96,82
hiervon Reformierte	1910	655	78	733	0,62
	1905	696	64	760	0,71
Katholiken	1910	2 746	1 222	3 968	3,42
	1905	2 221	246	2 467	2,33
hiervon Röm.-Kathol.	1910	2 737	1 065	3 802	3,27
	1905	2 213	244	2 457	2,32
Andere Christen	1910	256	20	276	0,24
	1905	188	14	202	0,19
hiervon Apostolische	1910	158	18	176	0,15
	1905	153	8	161	0,15
Israeliten	1910	610	13	623	0,52
	1905	631	7	638	0,60
Personen anderen Bekenntnisses	1910	177	12	189	0,18
	1905	54	4	58	0,06
Gesamtbevölkerung	1910	98 656	17 943	116 599	100,00
	1905	91 541	14 316	105 857	100,00

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Medizinalamt im Monat Juni in 86 Fällen gemeldet. Davon betrafen 53 Fälle (3 tödlich verlaufen) Masern, 17 (1 tödlich) Diphtherie, 12 Scharlach, 4 Typhus.

Tierische Schädlinge unserer Beerensträucher. Wenn im Sommer die Blätter unserer Stachelbeeren zerfressen erscheinen und wir bei unserer Betrachtung kleine dünne Räupchen mit schwarzem Kopf, gelblich-weißem Leib und unregelmäßig schwarz geflecktem Rücken antreffen, so haben wir es mit dem Stachelbeerspanner zu tun. Diese kleinen Unholde überwintern unter dem unter den Büschen liegenden, abgefallenen Laube, klettern im Frühjahr, sobald die ersten Blätter sich entwickelt haben, an den Sträuchern in die Höhe und zerfressen das junge Laub. Durch diese Entlaubung stocken die Sträucher in ihrem Wachstum, die Früchte erhalten nicht die nötige Saftzufuhr, fallen daher unreif ab und die Ernteaussichten sind somit zerstört. Die Entwicklung der Räupchen ist gewöhnlich schon im Maimonat vollendet, und nach einer vierwöchentlichen Verpuppung in einem sehr losen Kokon, in dem man das gelb geringelte, schwarz-blanke Püppchen liegen sieht, erscheint aus demselben ein kleiner Schmetterling, auch „Harlekin" genannt. Dieser hat breite, abgerundete, weiße Flügel, wovon die vorderen schwarz und gelb punktiert sind. Nach der Paarung legt das Weibchen an die Unterseite der Blätter seiner Nährpflanze die gelblichen, gegitterten Eier, aus welchem bis zum September die kleinen Räupchen ausschlüpfen, die aber jetzt den Sträuchern einen erheblichen Schaden nicht mehr zufügen. Mit dem abfallenden Laube kommen die Räupchen auf die Erde und überwintern hier, wo man sie durch Zusammenharken und Verbrennen des Laubes am besten vernichten kann. Noch besser ist es, wenn man schon im September die Büsche abklopft, auf untergelegten Tüchern die Raupen auffängt und sie tötet. Ähnlichen Schaden kann man in den ersten Sommermonaten an den Johannisbeersträuchern entdecken. Es wird dieser durch den Johannisbeerspanner hervorgerufen. Ein kleines Räupchen von gelber Grundfarbe mit vielen schwarzen Punkten, am Rücken mit weißen und am Bauche mit gelben Linien durchzogen. Das Räupchen verpuppt sich in einem Versteck auf dem Boden, das es leicht zuspinnt. Nach etwa 20 Tagen schlüpfen die kleinen Schmetterlinge aus. Die runden, grünen Eier, die das Weibchen meist zerstreut an den Zweigen der Büsche absetzt, überwintern unentwickelt: erst im nächsten Frühjahr kriechen die jungen Räupchen aus. Das Abklopfen der Zweige und Auffammeln auf untergelegte Tücher ist auch hier anzuwenden. — Noch gefräßiger als diese Spannerraupen sind die Larven der gelben Stachelbeer-Blattwespe. Diese sind grün mit schwarzem Kopf und haben 20 Füßchen. Ein von diesen Raupen befallener Strauch steht in kurzer Zeit kahlgefressen wie ein Besen da. Sie treten meistens in zwei Perioden, zum erstenmal im Mai und dann wieder im Juli auf, wo man sie auf den Stachelbeersträuchern um den Rand der Blätter geschlungen auffindet, wie sie diese von außen her verzehren. Aus den Puppen der Raupen der ersten Generation entwickeln sich in kurzer Zeit die kleinen behenden Wespen, deren Eier die zweite Generation, welche im Juli sich bemerkbar macht, liefern. Aus den Puppen dieser Larven entwickeln sich erst im kommenden Frühjahr die Wespen. Eine nahe Verwandte dieses Schädlings ist die schwarze Stachelbeer-Blattwespe. Die Larve dieser Wespe ist ebenso gefräßig, wie die der vorhergenannten, und führt auch dieselbe Lebensweise. Da die Raupen sich bei Berührung der Büsche leicht auf die Erde fallen lassen, so kann man durch Abklopfen auf untergelegte Tücher große Mengen vertilgen. Wurde das Abschlagen versäumt, so muß die Erde um die Büsche recht tief umgegraben werden, worauf die Puppen in der Erde umkommen.

Zünftlerisches. Von der hiesigen Dachdecker-Innung ist der Antrag gestellt worden, die freie Innung in eine Zwangsinnung umzuwandeln, welche das ganze lübeckische Staatsgebiet umfassen und ihren Sitz in der Stadt Lübeck haben soll. Um festzustellen, ob die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt, werden dieselben auf Grund des § 100a der Gewerbeordnung aufgefordert, ihre Äußerungen für oder gegen die Einführung des Beitrittszwanges bis zum 20. Juli d. Js. bei dem Stadt- und Landamt einzureichen.

Zur Warnung. Viele Orte werden augenblicklich von einem Kopenhagener Geschäft mit unfrankierten Briefen überschwemmt, die das Äußere von Privatbriefen haben und daher von den Adressaten meist entgegengenommen werden, in der Meinung, es handle sich um Nachricht von irgend einem Bekannten. Öffnet man jedoch den Brief, so findet man eine Aufforderung zum Kauf eines Loses einer dänischen Kolonial-Lotterie. Die Briefe sind aus Hamburg abgesandt worden. Die betreffende dänische Firma riskiert dabei kein Porto, sie kann nur gewinnen, indem so und so viele Adressaten Lose kaufen. Also Vorsicht! Über 20 Pfennig Strafporto für nichtige Nachricht ärgert sich mancher. Außerdem ist es bekanntlich auch verboten, in ausländischen Lotterien zu spielen.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Gaszuleitungsarbeiten wird die Düstere Querstraße am Montag, dem 10. Juli ds. Js. für den Durchgangsverkehr gesperrt sein.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Juni 1911. Befördert sind: 1911: 653 497 Personen, 1910: 579 011 Personen, + 74 486 Personen. Eingenommen sind: 1911: 65 815,66 Mk., 1910: 56 233,16 Mk., + 9582,50 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1911. Befördert sind: 1911: 1 848 068 Personen, 1910: 1 691 194 Personen, + 156 874 Personen. Eingenommen sind: 1911: 185 075,24 Mk., 1910: 163 769,19 Mark, + 21 306,05 Mk. Im Vorjahre fiel das Pfingstfest in den Monat Mai.

Stapellauf. Auf der Schiffswerft von Henry Koch A.-G. fand gestern der Stapellauf des 25. für die Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffs-Rhederei auf der gleichen Werft erbauten Dampfers statt. Das Schiff erhielt den Namen „Lübeck".

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 7. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 19, Luft 16½; morgens 10 Uhr: Wasser 20, Luft 23; mittags 12 Uhr: Wasser 20½, Luft 25; abends 6 Uhr: Wasser 21, Luft 24 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 800 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 800 weibliche Personen.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurden gestern nachmittag zwei Arbeiter wegen Diebstahls bezw. Hehlerei. Der eine versetzte bei Baruch eine silberne Damen-Uhr mit Goldrand, an einer Kette von gelbem Metall mit unmodernem großen Haken, die er von dem zweiten zum Zwecke des Versetzens erhalten haben wollte. Letzterer bestreitet die Uhr je besessen, noch die dem ersteren zum Zwecke des Versetzens gegeben zu haben. Die Eigentümerin ist bisher nicht ermittelt. Die Uhr liegt im Bureau der Kriminal-Polizei aus. Sie trägt die Fabrik-Nummer 26074.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Wie aus der Kartenentnahme ersichtlich, erweckt die morgige erste Aufführung von: „Nanon, die Wirtin vom goldenen Lamm" viel Interesse und erscheint es daher geboten, sich rechtzeitig einen Platz zu sichern. Als Marquis d'Aubigue setzt Herr Redwitz sein Gastspiel fort, die „Nanon" singt Blanda Hoffmann, „Ninon" Lilli Schönberger, „Marfillae" Julius Seidler und „Hector" Henry Stone. Am Montag wird zu ermäßigten Preisen nochmals E. v. Wildenbruchs: „Die Haubenlerche" aufgeführt. Im Schauspiel ist: „Der Volksfeind" von Henrik Ibsen in Vorbereitung und in der Operette: „Der Obersteiger".

---

* **Schwartau.** „Grober Unfug." Vor dem Schöffengericht in Schwartau hatte sich die Genossin Leu am Donnerstag wegen angeblicher Verübung von grobem Unfug zu verantworten. Die Anklage besagte, daß die Genossin Leu zu mehreren Malen während der Aussperrung der Arbeiter und Arbeiterinnen von Villeroy u. Boch an der Spitze von entlassenen Arbeitern und Arbeiterinnen die Arbeitswilligen durch Singen, Gröhlen und Schreien belästigt und hierdurch öffentlich Ärgernis erregt haben sollte. Nach der Anklage war anzunehmen, daß die Genossin Leu die Anstifterin von den Aufzügen gewesen sei. Das Urteil lautete auf 25 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten. Die Zeugenaussagen hatten nicht das Resultat wie erwartet war. Der Gerichtsvollzieher Gäkens ist der Einsender des Eingesandts in der „Schwartauer Zeitung" gewesen. Er hat unsere Genossin im Zuge gesehen, kann aber nicht angeben, ob sie selber gelärmt hat. Er hat Anstoß an dem ganzen Aufzug genommen, weil es doch eine Kundgebung politisch Andersdenkender gewesen sei, und dadurch wären die Bürger Schwartaus belästigt worden. Der Gemeindediener Draguhn hat die Angeklagte nicht im Zuge gesehen, weiß nur, daß der Aufzug „belästigend" gewesen sei. Der Gendarm Cordes, der die Arbeitswilligen vom Bahnhof durch die Stadt begleitete, hat niemals Anlaß genommen, einzuschreiten, gewiß ein Zeichen, wie belanglos die Aufzüge waren. Er sagt aus, daß im Hotel Germania am Biertisch die Meinung ausgetauscht sei, daß die Vorfälle ärgerniserregend seien. Bei nochmaliger dienstlicher Nachfrage wollten diejenigen aber nichts mit der Sache zu tun haben, weil es meistens kleine Geschäftsleute gewesen sind. Die Zeugin Möller, die arbeitswillig war, aber sich nachher den Streikenden anschloß, behauptete, daß die Genossin Leu nicht an der Spitze gegangen sei, sondern in der Mitte, auch hat sie nicht gehört, daß die Angeklagte gelärmt hat. Die Genossin Leu ist erst, nachdem die Aufzüge schon einige Tage dauerten, unter die Ansammlung gegangen, um die Arbeitswilligen, die, nebenbei bemerkt, doch gelbe Verräter an der Arbeiterklasse waren, weil viele von ihnen vorher Vertrauensposten inne hatten, zu bewegen, auch ihrerseits die Arbeit ruhen zu lassen und für Ruhe zu sorgen. Dadurch, daß auf Anlaß der Regierung die Polizei die Streikbrecher begleitete und diese den Hauptweg durch Schwartau nahmen, wo um dieselbe Zeit viele hundert Arbeiter gingen, nahmen die Aufzüge erst größeren Umfang an. Der Einspruch des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld-Berlin, daß der Angeklagten im Sinne der Anklage nichts nachgewiesen sei, nutzte nichts. Der Staatsanwalt beantragte 75 Mark Geldstrafe, das Gericht erkannte jedoch so, wie oben angegeben.

* **Schwartau.** Eine zahlreich besuchte Parteiversammlung beschäftigte sich mit der Generalversammlung in Stockelsdorf. Der Genosse Leu als Referent stellte eine Reihe von Anträgen, die eine gründlichere Ausbildung der Genossen und Genossinnen sowohl als auch eine Erweiterung des Bildungswesens betreffen. Als Delegierte wurden gewählt die Genossin K. Leu, die Genossen H. Giese und G. Leu. Der Genosse Dr. Schlomer hielt darauf einen 1½stündigen Vortrag über Staatssozialismus, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

* **Rensefeld.** Aus der Gemeindevertretung. Gegen die Wahl des Genossen Fr. Petersen zum Gemeinderat in Rensefeld war bekanntlich seitens des Privatmannes G. Radbruch, Cleverbrück, Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben. Dieses hat der Beschwerde stattgegeben. Petersen wurde zu den Gemeinderatssitzungen nicht hinzugezogen; an seiner Stelle der Landwirt Geyl. Dagegen protestierten unsere Genossen gegenüber dem Gemeindevorsteher. Das nutzte nichts. Der Sozialdemokratische Verein sowohl als auch die Regierung hatten gegen das Urteil beim Oberverwaltungsgericht Berufung eingelegt. Dieses Urteil steht noch aus. Aus diesem Grunde beschwerten sich unsere Genossen über den Gemeindevorsteher Utesch bei der Regierung, daß er Petersen zu Unrecht von den Sitzungen ausschließt. Er ist gewählt, die Regierung bestätigte die Wahl, das Urteil aus Oldenburg steht noch aus. Nach einer Mitteilung der Regierung ist Petersen noch als gewählt zu betrachten und der Gemeindevorsteher angewiesen, ihn zu den Sitzungen hinzuziehen.

Hamburg. Die Bürgerschaft bewilligte Mittwoch die Mittel zu einer weiteren Aufhöhung von Ländereien im Marschgebiet der Bille, lehnte aber die erneute Senatsforderung auf Schaffung der Stelle eines Ersten Gewerbeinspektors ab; es wurde lediglich ein Gewerbeinspektor bewilligt. — Ein Initiativantrag unserer Genossen betraf die Regulierung der Brookwetterung. Genosse Stubbe schilderte die großen Schädigungen, die die umliegenden Gemeinden durch die jährlich auftretenden Überschwemmungen erlitten und schob dem Staat die Verpflichtung zu, die Brookwetterung, die ganz auf hamburgischem Gebiet liege, in einen guten Zustand zu versetzen. Dr. Mantius von der Rechten wies darauf hin, daß Preußen bereits die Verpflichtung anerkannt habe, sich an der Beseitigung der Mißstände zu beteiligen und beantragte deshalb eine Abänderung des Stubbeschen Antrages dahin, daß man nicht den Senat um eine Vorlage ersuchen, sondern ihn veranlassen solle, mit Preußen wegen der Regulierung der Brookwetterung in neue Verhandlungen einzutreten. Diesem Antrag stimmte die Bürgerschaft zu.

Hamburg. Der Kampf im Holzgewerbe. Am Donnerstag abend waren die Betriebsinhaber der Holzindustriellen von Hamburg, nebst dem ehemaligen Vertragsgebiet, welche zurzeit mit dem „Deutschen Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Hamburg" in Einzelvertrag stehen, zu einer Versammlung einberufen. Herr Fleckenstein-Wandsbek gab eine Übersicht über den Stand der Lohnbewegung und fügte hinzu, die Versammlung sei berufen, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die zu einem Frieden auf der ganzen Linie führten. (Allseitige Zustimmung.) Nach einem längeren Referat des Herrn Neumann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 6. Juli 1911 tagende Versammlung von Arbeitgebern des Holzgewerbes von Hamburg und Nachbarorten erklärt, nachdem die gegenwärtige Sachlage des bereits über 15 Wochen währenden Kampfes nach allen Seiten hin eingehend erörtert und die Stellung der beiderseitigen Kampfparteien hierzu klargestellt worden ist: 1. Die Ablehnung des Schiedsspruches und insbesondere die Ablehnung aller weiteren Verhandlungen von seiten des Arbeitgeber-Schutzverbandes der Holzindustrie stellt sich als eine unüberlegte Maßnahme dar, die den Interessen der großen Mehrzahl der Arbeitgeber direkt widerspricht. 2. Die Lage der übergroßen Mehrheit unserer Gewerbeangehörigen ist durch den langwierigen Kampf eine immer bedenklichere geworden. Wenn auch ein jeder für sein Teil das Bedürfnis hat, zur Partei seiner Kollegen zu halten und übermäßige Ansprüche der Arbeiter mit abwehren zu helfen, so hat er doch nebenher auf seine eigene Existenz in erster Reihe Rücksicht zu nehmen und sich vor dem völligen Ruin seines mühsam errichteten Geschäftes selber zu schützen. Es steht aber außer Frage, daß die kleinen und mittleren Betriebe durch den monatelangen Kampf am härtesten betroffen werden und ebenso klar tritt die Absicht des Vorstandes des Schutzverbandes zutage, auf die bedrängte Lage und das Bedürfnis dieser Betriebe nach einem baldigen Friedensschluß nicht die geringste Rücksicht zu nehmen. 3. Die Versammelten können nicht zugeben, daß die noch bestehenden Differenzen um den paritätischen Arbeitsnachweis eine Einigung nicht zulassen sollten. Sie sind vielmehr überzeugt, daß bei Fortführung weiterer Verhandlungen vor dem Einigungsamt längst eine Verständigung erfolgt wäre. Daß der Arbeitsnachweis wesentlicher Reformen bedarf und insbesondere so organisiert werden muß, daß den Arbeitgebern die geeigneten Leute und den Arbeitern die geeigneten Plätze vermittelt und alle sonstigen berechtigten Anforderungen der Parteien erfüllt werden, ist ganz selbstverständlich und dürfte ebensosehr im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeiter liegen. Dagegen steht es keineswegs fest, daß mit der gänzlichen Beseitigung des Obligatoriums den Interessen der Arbeitgeber gedient wäre. Die Versammelten glauben einer Verpflichtung zu dem paritätischen Arbeitsnachweis zustimmen zu können, wenn folgende Grundsätze festgelegt werden: a) Der Nachweis muß die grundsätzliche Verpflichtung übernehmen, nicht nur eine möglichst pünktliche, sondern auch geeignete Besetzung aller vakanten Stellen zu gewährleisten. b) Die Arbeitsvermittler müssen neben dem täglichen persönlichen Verkehr mit den Arbeitsuchenden eine ebenso eifrige Fühlung mit den Arbeitgebern unterhalten, um deren Anforderungen an die zu beziehenden Arbeitskräfte zu ermitteln und befriedigen zu können. Zu diesem Zweck erscheint es angebracht, die Bestellung von Arbeitern am Nachmittag vorzunehmen, damit die Arbeitsvermittler alles gut vorbereiten und im Bedarfsfalle mit den Arbeitgebern selbst Rücksprache nehmen können. c) Eine Vermittlung nach der Nummerfolge soll überhaupt nicht wieder Platz greifen. Die Reihenfolge der Meldung soll nur nach Möglichkeit berücksichtigt werden und nur insoweit gelten, als es sich um gleich geeignete Arbeitskräfte handelt. d) Die innerhalb einer Woche erfolgten Meldungen der Arbeitsuchenden sollen als gleichwertig erachtet werden. e) Die am Orte oder in der Branche eingearbeiteten tüchtigen Arbeitskräfte sollen nach Möglichkeit bevorzugt werden. f) In allen sonstigen Fällen gilt die von beiden Arbeitsvermittlern getroffene Entscheidung. 4. Einstellungen ohne Benutzung und Genehmigung des Arbeitsnachweises müssen zulässig sein: a) Wenn ein Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen wurde oder aussetzen mußte und sich innerhalb vier Wochen bei seinem Arbeitgeber meldete oder von diesem gerufen wird. b) Wenn wegen Krankheit die Beschäftigung unterbrochen wurde. 5. Bei Arbeitermangel hat der Nachweis für die schleunige Heranziehung von Arbeitskräften Sorge zu tragen. 6. Unter Zugrundelegung dieser Gesichtspunkte beschließt die Versammlung: Es wird eine siebengliedrige Kommission gewählt, die im Auftrag der Versammlung bei dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes vorstellig wird, um die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen und die Einberufung einer allgemeinen Arbeitgeber-Versammlung der Holzgewerbetreibenden in die Wege zu leiten. Änderungen in der Handhabung des Nachweises sind während der Vertragszeit zulässig, sofern die Schlichtungs-Kommission dieses beschließt. Keine Partei darf sich der Beratung hierüber entziehen. Im Fall der Schutzverbands-Vorstand diesem Ansuchen nicht entsprechen sollte, werden sich die Versammelten unverzüglich als selbständige Organisation der Holzgewerbetreibenden von Hamburg und Nachbarorten konstituieren und ihrerseits Verhandlungen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband aufnehmen.

Altona. Sind Streikende meineidig? Folgender Vorfall erweckt den Anschein, als wollten Altonaer Gerichte nicht zurückstehen, wenn andere es wagen, die Arbeiterschaft in unerhörter Weise zu verleumden. Wenige Wochen sind es her, seit eine Äußerung eines Danziger Assessors die flammende Entrüstung aller anständigen Leute in Deutschland hervorrief. Als in einem Prozeß unser Genosse Parteisekretär Crispien als Zeuge genannt wurde, meinte der Vorsitzende des Schöffengerichts, Assessor Warmbrunn: „Soll ich einen Mann als Zeugen eidlich vernehmen, der einer Partei angehört, für die Staat und Gericht nicht existieren und die offen erklärt, daß solch ein Eid gar nicht bindet? Wie soll ich das als preußischer Beamter tun?" Jetzt haben wir denselben Skandal in Altona. Und er ist hier um so schlimmer, als es sich hier nicht um einen jungen Assessor handelt, sondern um einen Mann, der hinter dem Richtertische grau geworden ist, den Amtsrichter Brauns. Das Eilzugstempo, mit dem er die Strafsachen erledigt, läßt kein allzugroßes Vertrauen in seine Gerechtigkeit aufkommen. Barsche Zurückweisungen und das vertrauliche „Ihr" im Umgang mit den Angeklagten und Zeugen gehören zu seinem Rechtsbetrieb. Über das alles könnte man hinwegsehen, nicht aber über folgenden Vorfall: In einem der zahlreichen Streikprozesse fragte der Amtsrichter Brauns sämtliche Zeugen, ob sie sich am Streik beteiligt hätten! Zur Begründung dieser Frage zischte er in seiner wegwerfenden Art zwischen den Zähnen hervor: „Es ist ja bekannt, daß Streikende es mit dem Eid nicht genau nehmen!" In der fraglichen Sache war die Anklage so jämmerlich zusammengebrochen, daß der Amtsanwalt selbst nur 50 Mark Geldstrafe zu beantragen wagte. Der Amtsrichter Brauns erkannte auf einen Monat Gefängnis. Einen Beweis für seine unerhörte Behauptung hielt der Amtsrichter Brauns natürlich für unnötig. — Was Wunder, daß die Streikjustiz die schwärzesten Seiten in den Annalen der Klassenjustiz liefert, wenn solche Anschauungen in den Richterkreisen leben!

Brunsbüttelkoog. Ein Bein abgequetscht. Auf dem hier löschenden englischen Dampfer „Beyerland" geriet ein Matrose mit einem Bein in eine Stahltrosse, wobei ihm das Bein gänzlich abgequetscht wurde. Der schwerverletzte Mann wurde ins Krankenhaus geschafft.

Schwerin. Beim Baden im Wendelstorfer See ist ein Zimmerlehrling, der während des Schwimmens plötzlich vom Schlage gerührt wurde, ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. Stadt Lübeck ist gestern mittag von Memel auf hier abgegangen.

D. Oestergötland ist gestern von Haparanda auf hier abgegangen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co Sämtlich in Lübeck.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der **Adler Brauerei** bei.

LAGER
in
Damen-, Backfisch-
und
Kinderhüten.

Sport-, Reise-
und
Trauerhüten.

Schleiern
Strauss- und
Fantasiefedern
Künstl. Blumen
etc. etc.

A. C. Füber

Spezial - Geschäft für Damen- und Kinderputz.

Der geehrten Einwohnerschaft von St. Lorenz teile ich hierdurch ergebenst mit, dass ich mein Geschäft nach

Schwartauer Allee 3d (Ecke Marquardplatz)

verlegt und bedeutend vergrössert habe.

Indem ich meiner geehrten Kundschaft für das mir bisher bewiesene Vertrauen bestens danke, bitte ich, mir dasselbe auch ferner bewahren zu wollen und empfehle mich, stets reelle Bedienung zusichernd.

Hochachtungsvoll

D. O.

In meiner
Spezial-Abteilung
für
Modernisierungen
werden
Umarbeitungen
nach
ausgestellten Modellen
oder nach Angabe
jederzeit
prompt und billigst
ausgeführt.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca - Rabattmarken.

Lesen! Halt! Lesen!
Ausnahmetag:
ff. Tafel-Pflaumenmus
a Topf 5 Pfd. nur **70** Pf., 10 Pfd. **1.30**
prima gem. Marmelade
a Eimer 5 Pfd. nur **95** Pf., 10 Pfd. **1.80**
Nur **heute Sonnabend** und **morgen Sonntag.**
Fleischhauerstr. 54. Heinrichstr. 2a.
Busekiststrasse 3a.

Jede sparsame Hausfrau
bitten wir, unsern stets streichbaren Kunsthonig
Haidekönig
in grünen 1 Pfund-Kartons, Preis 40 Pfg., gütigst im eignen Interesse zu versuchen. Derselbe ist in den meisten Geschäften zu haben.
Lübecker Kunsthonig-Werke
Frehrs & Co.

St. Lorenz erstes und ältestes
Motor- und Fahrradhaus.
Neue und alte Fahrräder
in großer Auswahl.
Eigene Emaillier- u. Vernickelungs-Anstalt. Größte Reparaturwerkst.
H. Benthien
Fackenburger Allee 53.
Fernruf 2058.

Beerdigungs - Institut „Pietät"
H. GRIMM, Wickedestr. 49.
Fernsprecher 1424.
Übernahme ganzer Beerdigungen
Überführung m. eig. Tranportwagen
Gr. Lager v. Särgen u. Einkl. jed. Art.

Goldene und silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Sadowstr. 25.

Gewerkschaftshaus Lübeck.
Johannisstraße 50—52.
Sonntag, den 9. Juli 1911:
Großes Tranzkränzchen.
Eintritt frei. Anfang 6 Uhr. Eintritt frei.

„Weisser Engel"
Ratzeburger Allee 29.
TANZ
Unterhaltungsmusik.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. Ende 1 Uhr.
Hierzu ladet ergebenst ein **Fritz Hildebrand** i. V.

Tonhalle!
Die Kieler u. Travemünder Woche!!!
Eigene wunderbar gelungene Aufnahme!!
Vorführungsdauer 1/2 Stunde.
Die Direktion.

Konzerthaus „Flora".
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Waisen-Hof. Sonntag: TANZ.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 65 Pfg.

Ido (Reform - Esperanto).
Jeden Dienstag abend im Gewerkschaftshaus:
Unentgeltlicher Unterricht.
Anmeldungen nimmt noch entgegen **Alfred Schadel,** Werderstr. 16.

Achtung!
Sozialdemokratisch. Verein Schwartau-Rensefeld.

Abmarsch zum Gewerkschaftsfest 1 1/2 Uhr vom Gasthof Transvaal.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Transportarbeiter!

Die Abfahrt zum morgigen
Gewerkschaftsfest in Schwartau
erfolgt präzise 1 1/2 Uhr mit der Hafenfähre von der Drehbrücke oder Hüxtertorbrücke.

Nach Ankunft der Dampfer in Schwartau sammeln sich die Kollegen an der Landungsstelle.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Diejenigen Mitglieder, die am Sonntag, dem 9. Juli, am Gewerkschafts-Fest in Schwartau teilnehmen wollen, werden gebeten, sich punkt 1 1/2 Uhr an der Drehbrücke zur Abfahrt einzufinden.

Die Ortsverwaltung.

Zur freundlichen Einkehr
empfehle ich mein
Erfrischungszelt
auf dem Gewerkschaftsfeste zu Schwartau
(Tierschauplatz).
Ergebenst **P. Runge.**

Neue Hafenfähre G. m. b. H.
Lübeck-Schwartau.
Linie Drehbrücke: Vorm. 8, 9.30, 11; nachm. von 1—9 Uhr halbstündl.
Linie Hüxterdamm: Vorm. 10 Uhr; nachm. 1.30, 2.45, 4.15, 6.15, 7.45 Uhr.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Agitationstour
am Sonntag, dem 9. Juli nach **Grevesmühlen, Klütz.**
Abfahrt 8 1/2 Uhr morg. Burgtorbrücke
Fahrwart IV.

Nachmittagstour
nach **Schwartau** zum **Gewerkschaftsfest,** anschließend **Fackenburg.**
Abfahrt 1 Uhr mittags ab Lindenplatz.
Fahrwart V.
Der Vorstand.

Achtung!
Schauerleute

Sektions - Versammlung
am Montag, dem 10. Juli,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheit.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
Tanzkränzchen

Einsegel
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
F. Jenkel.

Neu-Lauerhof.
Heute Sonntag **gr. Tanzkränzchen**

Konzerthaus Zauberflöte.
Schüsselbuden 4.
Täglich Konzert
Slowenische Tamburitza-Damen-Kapelle „Srinsky"
5 Damen, 2 Herren.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt gänzlich frei.

Friedr.-Franz-Halle
Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.
L. Stamer.

Hansa - Halle.
Großes Tanzkränzchen
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
Ende 1 Uhr. **J. Rieck.**

Friedrichshof.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei.

Adlershorst.
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Wakenitz - Bellevue.
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
Musik: Stadtkapelle.
H. Fürböter.

Louisenlust.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. **Johs. Benn.**

Stadthallentheater.
Sonntag 7 1/2 Uhr. Außer Abonn.
Gastspiel von Herrn F. Redwitz
Nanon, die Wirtin zum goldenen Lamm
Operette in 3 Akten von R. Genée.
Marquis d'Aubigué — Fritz Redwitz.
Montag, 8 Uhr. 37. Abonn.-Vorst.
Logen u. 1. Parterre 75 Pfg., die übrigen Plätze 50 Pfg.
Ernst von Wildenbruch:
Die Haubenlerche.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 157. Sonnabend, den 8. Juli 1911. 18. Jahrg.

Das Schicksal der freien Hilfskassen.

I.

Die Neuregelung der Arbeiterversicherungsgesetze durch die Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit der Aufhebung des Hilfskassengesetzes bringt neben vielen anderen Verschlechterungen eine grundsätzliche Umgestaltung der Rechtslage der eingeschriebenen Hilfskassen mit sich, die, soweit es sich nicht nur um Zuschußkassen, sondern um vollwertige Krankenkassen handelt, die dem § 75 des alten Krankenversicherungsgesetzes entsprechen, einer gänzlichen Vernichtung dieser Kassen gleichkommt. Zwar ist den Hilfskassen der Betrieb nicht schlechtweg untersagt. Aber man hat für ihre fernere Zulassung als Ersatzkassen, wie sie künftig nach der Reichsversicherungsordnung heißen werden, Bestimmungen getroffen, die den beabsichtigten Zweck auch ohnedies mit Sicherheit erreichen lassen und hat dabei noch den Vorteil, daß die Abwürgung nicht einmal ganz so brutal aussieht, als wenn man sie kurzerhand verboten hätte.

Gegen die Beseitigung der Hilfskassen wäre ja an sich nichts einzuwenden, wenn damit eine Vereinheitlichung im Krankenversicherungswesen verbunden wäre. Im Gegenteil! Im Interesse der Versicherten, im Interesse des Ausbaues der Krankenversicherung ist die Beseitigung der herrschenden Zersplitterung ein unbedingtes Erfordernis. Man ist sich in den beteiligten Kreisen vollständig darüber klar, daß die weitergehenden Ziele der Krankenversicherung nur von großen, einheitlichen, territorial abgegrenzten Kassen erreicht werden können, was zur Voraussetzung hat, daß die verschiedenen bestehenden Kassenarten, wie Orts-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts- und freie Hilfskassen aufgehoben, resp. vereinigt werden. Daß eine gründliche Reform der Krankenversicherung vor den Hilfskassen nicht Halt machen kann, ist selbstverständlich und auch von keiner Seite verlangt worden. Und es muß anerkannt werden, daß die Vertreter der Hilfskassen sich bei den verschiedensten Anlässen, unter anderem auf der Konferenz der Kassenvertreter beim Staatsminister von Bethmann-Hollweg, als einzigste Gruppe außer den Vertretern der Ortskassen offen auf den Standpunkt der Vereinheitlichung der Arbeiter- respektive Krankenversicherung gestellt haben, unter der selbstverständlichen Bedingung, daß auch die Betriebs- und Innungskassen von der Bildfläche verschwinden würden, woraus die Regierung später gefolgert hat, dgß die Hilfskassen sich damit selbst für überflüssig erklärt hätten. Die Arbeiterschaft hätte das Opfer, denn ein solches bedeutet das Aufgeben der Hilfskassen für sie, jener Kassen, die das ureigenste Werk der Arbeiter selbst sind und unter voller Selbstverwaltung stehen, gebracht. Gebracht im Interesse der Allgemeinheit, wenn sie dagegen große, leistungsfähige Kassen, bei voller Wahrung des Selbstverwaltungsrechts hätte eintauschen können. Doch davon kann bei dieser „Reform" keine Rede sein. Nicht nur, daß man das Selbstverwaltungsrecht in den Ortskrankenkassen zertrümmert hat, auch von der Einheitskasse ist nichts geworden.

Während man die Hilfskassen, denen vorwiegend Arbeiter angehören, für die Zukunft unmöglich gemacht hat, ist der Fortbestand der Hilfskassen kaufmännischer Angestellten gesichert, die ihre Bevorzugung unter anderem damit begründen, daß die Handlungsgehilfen sonst in die Ortskrankenkassen gedrängt und damit auf das Niveau der gewöhnlichen Arbeiter herabgedrückt würden. Und die Betriebs- und Innungskrankenkassen erst, diese größten Hindernisse jedes gesunden Fortschrittes innerhalb der Krankenversicherung, sollen nicht nur in dem alten Umfange aufrecht erhalten bleiben, sondern der Gesetzgeber hat die Neugründung von Betriebskassen noch insofern erleichtert, als Saisonbetriebe, einschließlich der landwirtschaftlichen und Binnenschiffahrtsbetriebe, schon zur Errichtung eigener Betriebskassen befugt sein sollen, wenn sie die Mindestzahl von 50 Arbeitern während nur zweier Monate eines Jahres beschäftigen. Bei den Innungskassen besteht bekanntlich überhaupt keine Grenze nach unten. Und so werden denn die Zwergkassen von 6, 8 und 10 Mitgliedern, die nach der Regierung nicht den Versicherten, sondern der Hebung des Innungslebens dienen sollen, auch für die Zukunft erhalten bleiben. Das sind die Zentralisationsbestrebungen, um derentwillen zahlreiche Hilfskassen, von denen viele Zehntausende von Mitgliedern haben, aus dem Wege geräumt werden sollen.

Ist somit nichts geschehen, um die herrschende Zersplitterung in viele kleine Kassen und Käßchen zu beseitigen, die so dringend notwendige Vereinheitlichung zu verwirklichen, so ist und bleibt der gegen die Hilfskassen gerichtete Schlag lediglich ein aus blindem Parteihaß gegen die Arbeiterschaft geführter Hieb, aus demselben Geiste geboren wie die Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts in den Ortskrankenkassen.

Für die Arrangeure hat dieser Streich ja noch ein doppeltes Interesse. Einmal wird man mit der Vernichtung der Hilfskassen diese selbst los, eine Ansicht, die von der Regierung seit langem gehegt wurde, und auf der anderen Seite verhindert man damit den Austritt der Versicherten aus den durch die Reichsversicherungsordnung entwerteten Orts- und den neuen Landkrankenkassen, in welch letzteren die Arbeiter ebenso rechtlos sind, wie in den seitherigen Gemeindekrankenversicherungen. Mußte man doch mit Recht befürchten, daß die Versicherten, nachdem ihnen die Selbstverwaltung in den Ortskassen genommen war, sich wieder in Massen den Hilfskassen zuwenden würden.

Der Einfluß der in den Arbeitgeberverbänden dominierenden Scharfmacher und der jedem sozialen Fortschritt abholden preußisch-deutschen Regierung hat sich wieder einmal stärker erwiesen, als alle noch so eindringlichen Forderungen, die in der Erkenntnis von der Notwendigkeit des Ausbaues der Krankenversicherung und der Hebung der sozialen Lage des erwerbstätigen Volkes von allen Beteiligten gefordert wurden. Die Mehrheitsparteien haben zu der Finanzreform diese „Reform" gehäuft. Der Arbeiterschaft, die so oft nur als Objekt der Gesetzgebung behandelt worden ist, bleibt nichts anderes übrig, als sich mit den gegebenen Machtverhältnissen abzufinden und sich, wenn auch murrend, in das Unvermeidliche zu fügen. Was die Arbeiter anbetrifft, so müssen sie sich wohl oder übel den neuen Verhältnissen anpassen, sie werden aber mit gewohnter Energie wie bisher, so auch künftig dahin wirken, die Arbeiterversicherung ihrem eigentlichen Zwecke dienstbar zu machen, trotz der Reichsversicherungsordnung.

Mit der Annahme der Reichsversicherungsordnung durch die gesetzgebenden Körperschaften ist die Geschichte der freien Hilfskassen gewissermaßen zum Abschluß gelangt. Die Errichtung neuer Ersatzkassen, deren Mitgliedschaft von dem Beitrittszwang zu einer Pflichtkasse befreit, ist durch Gesetz direkt untersagt und der Fortbestand der alten Kassen wird durch die Bestimmungen, daß sie alle Beitrittsberechtigten ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheit aufnehmen müssen, daß die Arbeitgeber für die Ersatzkassenmitglieder ebensogut ein Drittel des Kassenbeitrages an die zuständige Pflichtkasse — nicht etwa an die Ersatzkasse, der der Versicherte angehört, sondern an diejenige Kasse zahlen müssen, mit denen die Ersatzkasse konkurrieren muß, und einer Reihe anderer erschwerender Vorschriften, geradezu unmöglich gemacht. Es werden ihnen dieselben Risiken aufgebürdet wie den Ortskrankenkassen, finanziell aber werden sie um so viel schlechter gestellt, daß ihre Existenzmöglichkeit als ausgeschlossen bezeichnet werden muß.

Ihrer Umwandlung in Zuschußkassen und ihrer ferneren Betätigung als solche stehen unüberwindliche gesetzliche Hindernisse nicht entgegen und auch die Bedürfnisfrage der Doppelversicherung ist ohne weiteres zu bejahen; denn das von den Krankenkassen gewährte Krankengeld reicht bei weitem nicht aus, dem Arbeiter im Krankheitsfall den Lohnausfall zu ersetzen. Und daß die Ansprüche an Lebensunterhalt und Pflege bei eingetretener Krankheit mindestens ebenso hoch, wenn nicht höher sind, als in gesunden Tagen, ist eine Binsenwahrheit, die keiner näheren Begründung bedarf.

Fraglich ist aber, ob bei dem zunehmenden Bestreben der Gewerkschaften, ihren Mitgliedern außer bei Arbeitslosigkeit und sonstigen Notfällen, auch im Falle der Krankheit einen ausreichenden Zuschuß zum Krankengeld zu zahlen, Zuschußkassen die zwekmäßigste Form der Doppelversicherung sind, und ob die Zuschußkassen unter diesen Umständen in der organisierten Arbeiterschaft noch einige Bedeutung erlangen werden. Die Krankenunterstützung der Gewerkschaften bewegt sich zwar vielfach noch in mäßigen Grenzen, doch ist dabei nicht zu vergessen, daß dieser Unterstützungszweig erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit in Aufnahme gekommen und weiterer Ausdehnung sehr wohl fähig ist. Aber auch heute gibt es schon Gewerkschaften, deren Krankengeld sich mit dem mancher Krankenkassen sehr wohl messen kann. Aus diesem Gedanken heraus macht sich denn auch bereits hier und dort das Bestreben geltend, die zentralen Berufs-Hilfskassen ihren Gewerkschaften als Unterstützungseinrichtung anzugliedern; eine Lösung, die sowohl im Interesse der Kassen, wie der Gewerkschaften zu liegen scheint. Und wenn die Reichsversicherungsordnung, die in gewissem Sinne als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft gemacht ist, eine Stärkung und Kräftigung der proletarischen Klassenorganisationen im Gefolge haben sollte, so wäre das ein Erfolg, den die Macher des Gesetzes jedenfalls nicht beabsichtigt haben.

Als erschwerender Umstand kommt für die Zuschußkassen noch hinzu, daß die aus anderen Kassen oder Vereinen bezogenen Unterstützungen mit dem Krankengeld zusammen den wirklichen Arbeitsverdienst nicht überschreiten dürfen. Das trifft auch zu auf Unterstützungen, auf die der Betreffende keinen rechtlichen Anspruch hat, folglich auch auf die Krankenunterstützung der Gewerkschaften.

Doch sei dem, wie ihm sei. Der Niedergang der freien Hilfskassen ist nicht mehr aufzuhalten. Ihre frühere Bedeutung werden sie nie wieder erlangen. Die Zeiten, wo sie als stolze Gebilde

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(100. Fortsetzung.)

Schkramprl befolgte die ihm gegebene Weisung scheinbar sehr gehorsam. Er nannte den Namen Erlenstein nicht mehr und gab sich das Ansehen, wie wenn jeder Verkehr zwischen ihm und den Schloßratten abgebrochen wäre. Auch zeigte er sich ernster, dabei ergebener, teilnehmender, als anfänglich. Er schwatzte nicht mehr so viel verworrenes Zeug untereinander, gedachte der Vergangenheit nur, wenn Anton das Gespräch darauf lenkte, bemühte sich dagegen, so oft wie möglich von der Zukunft zu reden und Anton gewissermaßen auszuforschen, auf was und wohin seine Gedanken gerichtet wären. „Was meint Ihr wohl, Antoine," fragte er unter anderem, „was möchtet Ihr Euch wohl wünschen, wenn ein Zauberer, oder um im Laufe der natürlichen Begebenheiten zu bleiben, ein Kaiser, König, Herzog — was es nun wäre — Euch unbedingte Erfüllung jedes recht herzhaften Wunsches im voraus zusagte? Was würdet Ihr dann verlangen? Tut mir die Liebe und sagt mir das. Nur, daß die Zeit vergeht, die hier im Forsthause, ohne Schmeichelei gesagt, niederträchtig langsam vom Flecke kommt. Sagt mir's. Ich baue gern Luftschlösser. Ihr nicht?"

„Ich auch," erwiderte Anton. „Und früher liebte ich sie aufzurichten bis an die Wolken. Jetzt würde ich mich mit kleineren Wünschen begnügen! Freilich immer noch zu groß, immer noch viel zu hoch und stolz für die Stellung, die mir auf Erden angewiesen bleibt. Ich würde — wenn wir denn doch nun einmal wie Kinder spielen, so mag es sein, — würde mir wünschen, daß Liebenau, jenes heimliche, traute Dorf, wo ich meine Knabenjahre verlebte, mit seinen Feldern und ach, seinen Wäldern, mein wäre, mein wirkliches Eigentum. Daß ich dort einzöge als schuldenfreier, wohlhabender Besitzer.

Dann würde ich (ziemlich weit von hier, doch, wenn man Geld hat, kann man schnell reisen) einen Besuch abstatten bei einem würdigen, rechtlichen, wenn auch strengen Manne und diesen um die Hand seiner Tochter bitten. Und wenn er Ja sagt — die Tochter sagt nicht Nein — würde ich sie heimholen nach Liebenau und würde mich mit ihr trauen lassen in der kleinen Dorfkirche, und würde sie lieb haben; würde, mit ihr vereint, die Armen beschenken, ihnen im Winter Holz geben und Brot und warme Röcke; würde Zöne Bäume anpflanzen; würde ein schlichter Landmann sein, beglückt und zufrieden. Würde meiner alten Großmutter Grab —"

„Na, seid so gefällig und fangt zu heulen an, daß ich etwa auch heulen muß, was sich für einen in Ruhestand getretenen Riesen durchaus nicht schickt! Deshalb fragte ich nicht nach Euren Wünschen, um auf den Friedhof zu geraten. Die Aussicht auf Hochzeit und Ehebett könnte mir schon besser gefallen. Also, das wären Eure Wünsche? Na schön, nun weiß man's doch und kann sich bei Gelegenheit danach richten."

„Ja, Schkramprl, das wären meine Wünsche, wenn ich noch dachte wie vor einigen Monaten, — wie ich seit Pisa gedacht habe. Jetzt ist das hin und tot. Doch dem teuren Liebenau werde ich deshalb nicht ungetreu. Ein dummer, eitler Korbmacherjunge lief ich davon; ein gedemütigter, entsagender junger Mann kehre ich zurück. Es ist beschlossen, die alberne falsche Scham ist besiegt. Während ich hier daniederlag, habe ich es durchdacht und erwogen nach allen Seiten, . . . es ist das beste, was ich tun kann. Großjährig bin ich jetzt; die Beweise vom Tode meiner Mutter, mein Taufzeugnis, alles habe ich schwarz auf weiß. Meiner Großmutter Erbschaft anzutreten, werden die Gerichte mich nicht mehr hindern; des Kurators bin ich ledig; das kleine Häuschen, wo ich Körbe flocht, ist mein; das Gärtchen dabei. Dort will ich fleißig arbeiten, ruhig leben, wie ein armer Kerl, der ich bin. Mögen sie mich ein wenig auslachen! Mögen sie mich hohnnecken und verspotten, daß ich von meiner Reise um die Welt wie ein Bettelmann wiederkehre; mögen sie mich Vagabund schelten und was sie wollen, — wenn sie sehen, daß ich friedlich meinen Weg gehe, niemand belästige, werden sie mich wieder lieb haben, wie sie damals den ehrlichen Anton lieb hatten. Ich will ja nichts, als Frieden, Ruhe, Einsamkeit. Die Welt ist tot für mich. Ich habe genug von der Welt. Und wenn ich in Liebenau sterbe, unbeachtet, vielleicht unbeweint, — komme ich doch wenigstens neben diejenige zu liegen, die mir — —"

„Himmelsackerment, Antoine, Ihr seid ja wie versessen auf Gräber. Ich habe nichts gegen Euren Plan, im Gegenteil, ich lobe ihn; ich finde es scharmant, daß Ihr Eure Villa in Besitz nehmen wollt, und lade mich im voraus bei Euch ein auf ein Gläschen Dünnbier; doch bleibt mir mit den Gräbern vom Halse! In Eurem Grabe könnte ich Euch beim besten Willen nicht besuchen, weil ich nicht Platz darin fände, für mich muß es eine halbe Elle länger sein, als für Euch kleine Zwerge . . . Dabei fällt mir mein Husar ein. Besinnt Ihr Euch noch auf ihn und seine beiden Weiber?"

„Auf alles, Schkramprl, auf alles. Jetzt aber gönnt mir Ruhe. Der Bau des Luftschlosses hat mich angegriffen. Ich will zu schlafen versuchen, will versuchen zu träumen — zu träumen, wie schön es sein wird, wenn ich wieder einziehe in meine Hütte!"

Kaum sah er seinen jungen Liebling im festen Schlummer, als der Riese mit Riesenschritten davon eilte. „Das wird ihr willkommen sein!" rief er aus und verlor sich im Walde.

Zweiundsiebzigstes Kapitel.

Zweimal schon im Laufe dieser Erzählung haben wir Anton, unseren Helden, vom Krankenlager sich erheben sehen und mit unseren guten Wünschen ins neue Streben und Leben begleitet. Heute, wo er zum dritten Male vom Tode ersteht, nimmt er selbst so geringe Hoffnungen, so anspruchslose Erwartungen auf seine kleine Reise mit, daß wir uns bedenklich fragen müssen, läuft es darauf hinaus? Ist der arme Junge darum so unsanft hin- und hergeworfen worden, hat er darum so viel erlebt, geirrt, gelitten, daß er am Ende aller Enden sich glücklich schätzen muß, nur wieder einkriechen zu dürfen, von wo er ausging? Sollen die Erfahrungen, die er gemacht, die Bildung, die er gewonnen, die Kenntnisse, die er sich erwarb, — soll das alles nur erworben sein, damit er in seiner Großmutter niederer Hütte Körbe flechte — eine Beschäftigung, die ihm vor sechs Jahren, wo er in voller Übung war, unzweifelhaft besser gelang, als sie ihm jetzt gelingen wird?

Und doch, wir müssen es eingestehen, was bleibt ihm übrig? Tut er nicht am besten, sich in stille Vergessenheit zu flüchten, dem Leben zu entweichen und dem Lärm des Lebens? Scheint er nicht vom Schicksal dazu bestimmt, jeder Hoffnung entsagen zu müssen? Verfolgt ihn das Unglück nicht bei jedem Schritt, den er, vom Glücke gelockt und getäuscht, zu unternehmen wagte? Immer besser, daß er auf der kleinen Erdscholle, die er sein nennt, das langsam hinwelkende, leblose Leben einer verkümmernden Pflanze durchmache, als daß er, aufs neue in gefährliche Konflikte gebracht, ihnen unterliege und ein schmachvolles Ende nehme.

Ja, ich verstehe seine Sehnsucht nach Liebenau, nach seinem Häuschen, nach Einsamkeit! Ich begreife seinen Überdruß an allem, was Menschen heißt und Welt und Leben! Ich höre deutlich den Widerhall eines Liedchens, welches er summte und sang, während er, noch matt und schwach, sein Bündel schnürte, und dessen letzte Zeile sich immer wiederholte:

„Bin müde, bin müde, laß schlafen mich gehen!"

der Selbsthilfe deutscher Arbeiter Großes geleistet haben, sind endgültig dahin.

Lange bevor die gesetzliche Krankenfürsorge in Deutschland eingeführt wurde, haben sie, der eigenen Initiative der Arbeiter entsprungen, ihre segensreiche Wirksamkeit entfaltet. Ihr eigentlicher Ursprung reicht bis tief ins Mittelalter zurück, wo sich das Handwerk in den ehemaligen Innungen und Gesellenverbänden bereits Kranken- und Sterbekassen geschaffen hatte. In der neueren Zeit erreichten sie allgemeine Bedeutung gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Ein Versicherungszwang im heutigen Sinne bestand nicht, aber die Gemeinden oder Gemeindeverbände hatten auf Grund einer preußischen Verordnung aus dem Jahre 1849 und eines Gesetzes aus 1854 das Recht, durch Ortsstatut für gewerbliche Arbeiter eine gewisse Versicherungspflicht anzuordnen. Sie konnten bestimmen, daß Gesellen, Gehilfen, in Lohn stehende Lehrlinge und Fabrikarbeiter einer freien Kranken-Hilfs- oder Sterbekasse beitreten mußten oder, wo keine Kasse bestand, sie zur Errichtung einer solchen anzuhalten; außerdem konnten die Arbeitgeber zur Beitragsleistung herangezogen werden. Ähnliche Bestimmungen galten in den anderen deutschen Staaten, nur konnte hier den Arbeitgebern nicht die Leistung von Zuschüssen auferlegt werden. In dem Entwurf der Gewerbeordnung von 1869 war der Versuch gemacht, die Entwickelung der Hilfskassen zur Aufgabe des Staats und der Gemeinden zu machen. Es blieb aber bei dem alten Zustand. Die erste reichsgesetzliche Regelung des Hilfskassenwesens erfolgte 1876. Die Versicherung blieb eine freiwillige. Es wurde jedoch das Recht der Gemeinden beibehalten, gewisse Arbeiterkategorien zum Eintritt in irgendeine, den gesetzlichen Vorschriften genügende, von der höheren Verwaltungsbehörde genehmigte und „eingeschriebene" Hilfskasse zu verpflichten. Das Hilfskassengesetz brachte den Kassen außer einer Regelung nach der öffentlich rechtlichen Seite hin, gewisse Normativbestimmungen, mit deren Innehaltung die Rechte „eingeschriebener Hilfskassen" erworben wurden. Das Gesetz schrieb den Kassen unter anderem vor, daß der Unterstützungsanspruch im Falle der Erwerbsunfähigkeit spätestens nach Vollendung der 13. Woche nach dem Beitritt beginnen müßte; daß den Männern wenigstens die Hälfte, den Frauen ein Drittel des ortsüblichen Tagelohnes als Krankengeld für mindestens 13 Wochen gewährt werden sollte. Die Maximalleistungen durften höchstens das Fünffache dieser Mindestleistungen betragen. Außerdem sah das Gesetz vor, daß Arbeitgeber, die auf Verfügung der Gemeindeverwaltungen Beiträge an die Hilfskassen zu leisten hatten, „um einen übermäßigen Einfluß derselben in der Kassenverwaltung vorzubeugen", nicht mehr wie höchstens ein Drittel der Stimmen im Vorstande haben sollten.

Die Sonne der Regierungshuld hat den Hilfskassen eigentlich nie geschienen. Sie wurden von Anfang an beargwöhnt. Unter dem Sozialistengesetz hatten auch sie, als reine, freie Arbeiterorganisationen unter der Willkür der Polizei- und Verwaltungsbehörden zu leiden. In ihren Vorständen saßen zumeist bekannte Sozialdemokraten, und das genügte den maßgebenden Instanzen, sie als staatsfeindliche Institute offen zu bekämpfen. Als dann im Jahre 1883 die obligatorische Krankenversicherung eingeführt wurde, machte man nicht sie zu Trägern der Versicherung, sondern schuf neue, den Arbeitern als bureaukratische Einrichtungea verhaßte Organe: Ortskrankenkassen und Gemeindekrankenversicherung und daneben noch auf Betreiben der Unternehmer die zweckwidrigen Betriebskassen. Man ließ die eingeschriebenen Hilfskassen zwar insofern als gleichwertige Kassen zu, als die Mitgliedschaft bei einer solchen von dem Beitrittszwang zu einer Zwangskasse entbinden sollte, machte das aber dadurch wieder illusorisch, daß man die Zulassungsbescheinigungen der Verwaltungsbehörden durch die Gerichte nachprüfen ließ, wodurch namentlich in Sachsen viel freie Hilfskassen der Auflösung verfielen. Die Novelle von 1892 beseitigte allerdings die Rechtsunsicherheit, legte den Kassen aber weitere starke Mehrbelastungen auf. Ihre Mitgliederzahlen, die 1876, bei Einführung des Hilfskassengesetzes 1 839 652 betrugen, hatten sich allmählich verringert. 1894 waren sie bereits auf 796 340 zusammengeschmolzen. Sie haben sich dann später wieder etwas erholt, ihre damalige Höhe aber nicht wieder erreicht. Nach den neuesten Zählungen hatten die Hilfskassen 1909 ausschließlich der Zuschußkassen 890 519 Mitglieder. 1905 erschien dann der erste Regierungsentwurf, der die Aufhebung des Hilfskassengesetzes und damit der Hilfskassen selbst bezweckte; ihm folgte 1907 ein zweiter. Die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften hat keiner gefunden. Jetzt endlich hat das Schicksal die Hilfskassen in Form der Reichsversicherungsordnung ereilt. Ihr Ende ist kein natürliches, es ist gewaltsam herbeigeführt.

Die wesentlichsten Veränderungen, denen die freien Hilfskassen infolge der gesetzlichen Neuregelung unterliegen, seien hier kurz erörtert:

Mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung soll gleichzeitig das Hilfskassengesetz, welches seit 1876 die Verhältnisse der Hilfskassen nach seiner öffentlich rechtlichen Seite hin regelt, fallen. Das Gesetz ließ den Kassen ziemlich freien Spielraum und beschränkte das Aufsichtsrecht der Behörden auf ein den anderen Krankenkassen gegenüber verhältnismäßig geringes Maß. Sofern eine Hilfskasse als vollwertige Kasse gelten wollte, deren Mitglieder von dem Beitragszwang zu einer Pflichtkasse befreit sein sollten, hatte sie sich außerdem den §§ 6 und 7 des Krankenversicherungsgesetzes anzupassen, welche die von den Krankenkassen zu gewährenden Mindestleistungen regeln.

Mit dem Aufhören des Hilfskassengesetzes werden alle eingeschriebenen Hilfskassen als Krankenversicherungsvereine dem „Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen" unterstellt. Dabei steht es nach § 528 der Reichsversicherungsordnung denjenigen Kassen, die vor dem 1. April 1909 im Besitze der Zulassungsbescheinigung waren und mindestens 1000 Mitglieder zählen, frei, auch fernerhin ihre Zulassung als Ersatzkasse zu beantragen. Diese wird jedoch nur erteilt für den Bezirk und Personenkreis, für den die Kasse am 1. April 1909 durch Statut bestimmt war. Die Neugründung von Ersatzkassen ist demnach in Zukunft gänzlich untersagt und auch die älteren werden nur zu einem Teil zugelassen.

Der § 530 regelt das Beitrittsrecht. Er besagt:

„Gehören Versicherungspflichtige zu dem Personenkreise, für den der Verein nach seiner Satzung errichtet ist, so darf ihnen vorbehaltlich des § 529 Abs. 1 der Beitritt nicht versagt, insbesondere nicht von ihrem Lebensalter oder Gesundheitszustand abhängig gemacht werden.

Der Verein kann jedoch diejenigen, welche sich zum Beitritt melden, ärztlich untersuchen lassen und den Beitritt Erkrankter zurückweisen."

Hiernach müssen also die Ersatzkassen alle sonst Beitrittsberechtigten ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheitszustand aufnehmen. Es ist ihnen zwar das Recht eingeräumt, sich zum Beitritt Meldende ärztlich untersuchen zu lassen und offenbar Kranke abzuweisen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das übliche Gesundheitsattest, das bisher von den meisten Hilfskassen von Neueintretenden verlangt wurde, damit gefallen ist. In dem Kommissionsbericht, der für die spätere Auslegung des Gesetzes nicht ohne Bedeutung ist, heißt es ausdrücklich, daß chronisch Kranke nicht als Erkrankte im Sinne dieser Bestimmung zu betrachten sind und vom Beitritt nicht zurückgewiesen werden dürfen.

Aus der Partei.

„Die Sozialdemokratie in Urteile der Gegner" betitelt sich eine Schrift, die demnächst im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts" erscheint. Die Schrift enthält sachlich geordnet die zahlreichen Aussprüche und Urteile unserer Gegner über die sozialistische Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Betätigungen, sie wird unseren Redakteuren und Rednern ein willkommenes Hilfsmittel im täglichen Kampf sein. — Aus dem Inhalt geben wir die nachstehenden Kapitelüberschriften: Theorie und Programm der Sozialdemokratie. — Organisation und Agitation der Sozialdemokratie. — Sozialdemokratische Opferwilligkeit. — Positive Arbeit der Sozialdemokratie. — Die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei. — Die Sozialdemokratie als Kritiker und Anreger. — Die Sozialdemokratie als Kulturbewegung. — Bildungs- und Erziehungsarbeit der Sozialdemokratie. — Sozialdemokratie und Sittlichkeit. — Sozialdemokratie und Religion. — Die sozialdemokratische Presse. — Die Gewerkschaften. — Sozialdemokraten als Richter. — Sozialdemokratische Führer. — Der Kampf gegen die Sozialdemokratie. — Revolution und Umsturz. — Zukunft. Verschiedenes.

Die österreichische Sozialdemokratie. Da die tschechischen Sozialdemokraten einen eigenen Verband gegründet, hat auch die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie beschlossen, ihren Abgeordneten zu empfehlen, sich im künftigen Parlament als Klub der deutschen Sozialdemokraten zu konstituieren. So dringend das österreichische Proletariat einer möglichst einheitlichen Vertretung und Aktion bedürfe, so sicher sei es, daß im bisherigen Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten diese Aufgabe nicht voll erfüllt werden konnte.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Gauvorsteher-Konferenz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu dem Konflikt der Berliner Maschinenmeister. In den ersten Tagen dieser Woche tagte in Berlin eine Konferenz der Gauvorsteher des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, die Stellung nahm zu dem Konflikt der Berliner Maschinenmeister. Nach längerer Aussprache wurde die Meinung der Konferenz durch nachstehende Resolution kundgegeben:

„Die Gauvorsteher-Konferenz bringt nach eingehender Erörterung des Kontraktbruchs der Rotationsmaschinenmeister der Firma Scherl und der damit zusammenhängenden Vorkommnisse einmütig zum Ausdruck, daß der Beschluß des Tarifamtes in betreff der Vertrauensmänner genannter Firma nach der gepflogenen Aussprache als völlig verständlich anzusehen ist und seine Begründung in den wiederholten tariflichen Verstößen findet. Weiter verurteilt die Konferenz die wiederholten Tarif- und Disziplinbrüche in Berlin, die nicht allein die Tarifgemeinschaft, sondern auch die Organisation als Vertragskontrahent aufs tiefste zu schädigen geeignet sind und die weitere Entwickelung auf diesem Gebiete gefährden müssen, auf das schärfste. Die Konferenz fordert demgemäß alle Mitglieder auf, im Interesse der Einheit der Organisation sich den Bestimmungen des Statuts und den Beschlüssen der Generalversammlungen auf das strikteste zu unterstellen und beauftragt den Verbandsvorstand, gegen Disziplinbrüche mit den im Statut gegebenen Mitteln energisch vorzugehen. Die Solidaritätserklärung der Vertrauensmänner und Personale mit den kontraktbrüchigen Maschinenmeistern kann die Konferenz nur als ein vollständiges Verkennen der tatsächlichen Verhältnisse sowie der Vertragstreue und der Verbandsdisziplin bezeichnen. Die Gauvertreter erklären ihren festen Willen, an den bewährten Grundsätzen der Organisation und der Tarifgemeinschaft festzuhalten, selbst dann, wenn die zurzeit in Berlin vorhandene Strömung diesen Boden verlassen sollte. Die das Ansehen der Organisation aufs schwerste schädigenden Vorkommnisse in der Berliner Vereinsversammlung vom 21. Juni 1911, sowie das Anrufen außenstehender Kreise in internen Organisationsangelegenheiten verurteilt die Konferenz auf das entschiedenste und erklärt sich mit den Maßnahmen des Verbandsvorstandes sowie mit der Haltung des „Korrespondent" einverstanden. Die Konferenz erblickt in der ungehörigen Art, in der einige sozialdemokratische Parteiorgane das Urteil des Tarifamtes wie die Stellungnahme des Verbandsvorstandes glossiert, einen neuen Beweis für die abfällige Beurteilung, deren sich die Buchdrucker in ihren Handlungen seit Jahren von dieser Seite zu „erfreuen" haben; sie bringt zum Ausdruck, daß eine solche Einmischung in interne Organisationsfragen nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt und deshalb auch von den Buchdruckern zurückgewiesen werden muß."

Schkramprl hatte ihm bereits Lebewohl gesagt, und er hatte nur flüchtigen Abschied genommen, unter dem Vorwande, daß unzählige Bestellungen und Einladungen ihn riefen, daß Milliarden von Ratten und Mäusen, dem Verderben geweiht, seiner mystischen Todesurteile harrten. Anton aber war der Meinung, daß dieser Vorwand eben nur ein Vorwand sei, durch welchen der gutmütige Riese ferneren Danksagungen, vorzüglich jedoch der ihm zugedachten Entschädigung oder Belohnung habe entgehen wollen. „Ein zartfühlender, großmütiger Rattenfänger! Vielleicht kann ich's ihm doch dereinst vergelten, was er für mich getan. Vielleicht sucht er mein Häuschen auf, um darin zu sterben!"

Der Förster und seine Burschen begleiteten Anton bis an ihres Waldes Grenzen. Seit den letzten Tagen wollte es ihn bedünken, wie wenn sein Gastfreund ein anderes Wesen gegen ihn angenommen hätte, als derselbe während der verflossenen zwei Monate an den Tag gelegt. Und jetzt auf dem Wege durch den Wald trat diese Veränderung unverkennbar hervor. Die derbe, treuherzige Freundlichkeit eines von eigener Amtswürde überzeugten Beamten war verschwunden, an ihre Stelle eine fast verlegene Artigkeit getreten, die sich bei wiederholten Ausbrüchen von Antons Dankgefühl nicht mehr an grobe Zurückweisung desselben wagte, sondern ein verbindlich ablehnendes Schweigen entgegenstellte. Auf sein dringendes Befragen, ob man ihm zürne, wurden dunkle, unverständliche Andeutungen erwidert, die von „wunderbaren Verhältnissen" sprachen und zuletzt befürchten ließen, sein Besuch beim Grafen von Erlenstein könne den Bewohnern des Forsthauses kund geworden sein. Deshalb gab er ferneres Befragen auf, stattete nochmals den innigsten Dank für alle Wohltaten ab und schied von dem wackeren Förster, der sich scheidend „seiner Gunst" empfahl.

„Meiner Gunst? — Entweder mein guter alter Gönner hat heute früh zu tief in sein Fläschchen geguckt, — oder Schkramprl, der Schelm, hat einen seiner schlechten Späße gemacht und den leichtgläubigen Waldmännern aufgebunden, sie beherbergten einen Prinzen, der inkognito reisen will. So etwas sieht ihm ähnlich, dem langen Ungetüm!"

Und er wandelte rüstig fort in den blühenden Sommer hinein. Er vergaß, daß er so lange Bett und Zimmer gehütet, daß er nur kleine Gänge zur Probe unternommen hatte. Ihn trieb die Ungeduld nach Liebenau, trieb ihn zurück in die alten, halb vergessenen, eben deshalb mit jungem Lebensdufte in seiner Seele aufblühenden Tage der Kindheit, wie wenn es in seiner Macht stände, wieder ein Kind zu werden, die Ansprüche, die er an sich, an seine Umgebungen stellen gelernt, aufzugeben, an den Nagel zu hängen, wo sein Knabenjäckchen hing, und wo nun sein Reiseranzen hängen soll.

Und er wanderte rüstig fort, bis er dieser unzeitigen Anstrengung unterlag. Nur mit dem letzten Aufgebot seiner ganz erschöpften Kräfte erreichte er noch das kleine Städtchen St., etwa zwei und eine halbe Meile von Liebenau entfernt, nach seiner Berechnung. Dort mußte er liegen bleiben; nicht etwa wie seine Absicht gewesen, über Nacht, um des anderen Tages sein Ziel zu erreichen, sondern wirklich, wie ein Kranker unterwegs liegen bleibt, eines Arztes bedürftig. Er nahm ein kühles Zimmer im schlichten Gasthofe, machte sich bequem und war gerade im Begriff, nach einem Diener zu rufen, der ihm den „Herrn Doktor" herbeischaffen möge, als die Stubentür sich langsam öffnete und Schkramprls kleiner Peterl mit listigen Augen hereinschielte.

„So habe ich mich doch nicht getäuscht, da ich unterwegs Dich einige Male vor und neben mir zu erblicken glaubte!" rief Anton aus; „zum Teufel, Junge, wo kommst Du her?"

„Mein Herr hat in der Gegend zu tun, und weil wir im Forsthause, wo er Euch noch einmal zu sprechen wünschte, erfahren, daß Ihr schon aufgebrochen seid, und weil er selbst durchaus keine Zeit mehr hatte, hieß er mich Euch nachlaufen und mich erkundigen, wie's mit der Gesundheit steht. Aber Ihr habt so lange Schritte gemacht, daß ich mit meinen kurzen, dicken Beinen Euch kaum folgen konnte. Nun bin ich da und soll nur fragen, ob Ihr was bedürft."

„Dein Herr ist doch wirklich ein großer Narr, Peterl, aber daneben der uneigennützigste, treueste Freund, den Gott lohnen möge. Und Du bist ein braver Bursch. Geh', mein Sohn, forsche nach dem besten Arzt im Städtchen, und sollte es nur einen besitzen, so ist dieser gewiß der beste; den bringe mir. Denn mir ist gar nicht gut, und ich möchte doch frisch und gesund in meiner Heimat eintreffen."

„Das hat der Herr gleich gesagt, daß Ihr Euch übernehmen werdet; deshalb hat er mich auf die Lauer geschickt. Habt keine Sorge; ich bestelle den Arzt und dann folge ich dem Herrn und bringe ihm Nachricht."

Damit verschwand Peterl, der wohlgenährte.

Bald erschien ein Arzt, der verständig genug des Kranken Übelbefinden für das erkannte, was es war, ihm ein laues Fußbad verordnete, einfache, niederschlagende Mittel verschrieb, für einige Tage Ruhe anempfahl und baldigen Wiederbesuch versprach; dies alles in einer Weise, wie wenn er den Patienten kenne und ihn, im voraus schon von seiner Ankunft unterrichtet, erwartet habe.

„Gott mag wissen, was das wieder bedeutet!" sagte Anton, während er sein Nachtlager bestieg. — „Aber was zerbreche ich mir den schwachen Kopf mit Mutmaßungen, wenn ich die Lösung zur Hand habe? Schkramprl hat sich wieder ein Späßchen gemacht; sein Bote war es ja, der den Arzt herbeirief. Ja, ja, Schkramprl ist ein seltener Freund, — aber ein großer Narr!"

Diese Wahrheit wiegte unseren ermatteten Freund in Schlaf.

Doch schon mit dem frühen Morgen wurde er aufgeweckt durch seltsame Töne im benachbarten Zimmer, von denen er, noch schlaftrunken, anfänglich kaum zu unterscheiden vermochte, welchem Gebiete der Tierkunde jenes Wesen angehören dürfte, dem sie entstiegen. Es war dabei im Spiele das Geschnatter des Stares, das Gekrächz des Raben, das Geblök des Esels, das Meckern des Ziegenbocks, das Gestöhn der Unke und das Gebell des Hundes. Erst nachdem der Halberwachte hin und wieder einzelne Worte, dann sogar ganze Zeilen verstand, die, alten Freunden gleich, sein Gedächtnis mahnten, fing er zu begreifen an, daß er sich eines Nachbars erfreue, welcher mit allen Modulationen des umfassendsten Sprechorganes deklamatorische Morgenübungen anstelle.

Schiller ward nicht geschont, Tiedge heftig gemißhandelt, Kosegarten mußte mit einigen Naturschilderungen herhalten. A. W. Schlegels Arion lieferte einen großmütigen Delphin, durch welchen Anton an Herrn Zaras Robbe erinnert wurde; sogar die Braut von Korinth stieg aus ihrem Grabe und wollte nicht weichen, bis das Geklapper des Kaffeegeschirres sie vertrieb, wo sie verstummte vor der Dienstmagd des Gasthauses. Letztere stellte sich denn auch bald bei Anton ein, nach seinen Bedürfnissen zu forschen; auf sein Befragen vernahm dieser aus ihrem Munde, daß sein Nachbar ein sogenannter „Theeclamuter" sei, der heute allhier in St. eine „Sauaree" veranstalten werde, zu welcher sich sämtliche Honoratioren einfinden, auch viele Gutsbesitzerfamilien aus der Nachbarschaft erscheinen würden.

„Wieder eine Sorte von Vagabunden, die mir noch nicht begegnet ist", sagte Anton. „Ein reisender Deklamator. Nach dem Pröbchen zu urteilen, wie es durch die Wände zu mir drang, muß er ein gewaltiger Künstler sein, denn von Natur war nichts zu spüren, während er sich übte. Aber ich will ihn hören heute abend. An Weitergehen ist bei meiner Mattigkeit noch nicht zu denken; so mag dies die letzte öffentliche Schaustellung sein, der ich noch beiwohne, bevor ich mich wieder hinter meine Körbe verschanze. Gewiß, ich will ihn hören — und sein Publikum sehen."

(Fortsetzung folgt.)

Man muß sich wirklich über die Dreistigkeit wundern, mit der hier von der Konferenz die Behauptung über das ungehörige Verhalten der sozialdemokratischen Presse anläßlich des Berliner Konfliktes aufgestellt wird. Ein großer Teil unserer Parteipresse hat — wie wir auch — rein referierend über die Sache berichtet. Die übrigen Parteiblätter, die Stellung zu der Angelegenheit nahmen, aber haben sich so objektiv verhalten, daß gegen sie auch nicht der allergeringste Vorwurf erhoben werden kann. Sie haben zugegeben, daß die Maschinenmeister unter keinen Umständen richtig gehandelt haben; andrerseits aber bemerkten sie, daß das Tarifamt seine Funktionen überschritten hatte, indem es die Vertrauensleute der Maschinenmeister indirekt als Hetzer hinstellte. Das war das gute Recht der Parteipresse, hier ihre Meinung zu sagen, da ja die nach mancher Richtung hin gewiß mustergültigen Institutionen des Buchdruckerverbandes inbezug auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse andren Gewerkschaften immer als Vorbild hingestellt werden. Zeigen sich hier Mängel und Fehler, dann müssen sie von der Parteipresse auch kritisiert werden. Dieses Recht läßt sich die Parteipresse auch von einer Gauvorsteherkonferenz nicht nehmen. Wir weisen also die in obiger Resolution zum Ausdruck gebrachte unerhörte Beschuldigung der sozialdemokratischen Presse auf das entschiedenste zurück!

Zur Lohnbewegung im Magdeburg-Helmstedter Braunkohlenbezirk. Die „Braunschweiger Landeszeitung" fühlte sich berufen, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß die streikenden Bergarbeiter anfangen, unruhig zu werden, und daß es schon beim Schichtwechsel zwischen den Sicherheitsbeamten und den Streikposten zu Tätlichkeiten gekommen sei. Daß Verletzungen noch nicht vorgekommen seien, wäre nur der besonderen Ruhe der Polizeiorgane zu danken. Die Kreisdirektion habe sich deshalb veranlaßt gesehen, verschärfte, den Verkehr regelnde Bestimmungen auch für die Zugangswege nach den Schächten der Braunschweigischen Kohlenwerke zu erlassen, wie das für die Grube „Emma" bereits seit geraumer Zeit geschah. Die Streikenden geben keinerlei Veranlassung zu irgendeinem Einschreiten, dagegen lassen die Polizeibeamten die Ruhe vermissen, die ihnen der Artikelschreiber anzudichten versucht. Der Vorgang, der zu der verschärften Ordnung Veranlassung gab, war harmloser Natur. Weil ein von einem Kinde nach einem Kirschenbaum geworfener Stein in die Nähe eines Polizisten rollte, griff der Beamte eine hinter ihm gehende Frau gröblichst am Arm. Der Ehemann verbat sich eine solche Handlungsweise und bei dieser Auseinandersetzung bildete sich ein kleiner Menschenauflauf, der für die Polizisten die Veranlassung war, die Säbel aus der Scheide zu ziehen. Nur dadurch, daß die Streikenden die größte Ruhe bei diesem Auftritt bewahrten, wurde schlimmeres abgewendet. Einige Bergarbeiter, die zusammenstanden, um eine Priese zu nehmen, wurden von dem Gendarmen, weil sie nicht schnell genug auseinandergingen, mit Püffen auseinandergejagt. Die Streikenden werden sich durch alle diese Ungerechtigkeiten nicht provozieren lassen, sie führen ihren Kampf in Ruhe und Sachlichkeit fort.

Vom Seemannsstreik. Der Streik der Seeleute in Antwerpen ist mit Ausnahme bei der Red Stare Line beendet. In England dauert der Streik noch an, ferner in Manchester, Leith, Grangemouth, Dundee, Belfast, Londonderry und Glasgow. In Manchester ruht alle Arbeit im Hafen. Die Reeder haben die Forderungen der Seeleute anerkannt, aber diese können nicht eher zur Arbeit zurückkehren, bis die Forderungen der Hafenarbeiter und Fuhrleute gleichfalls bewilligt sind; das ist eine Vereinbarung zwischen den drei Gruppen. In Leith streiken alle Matrosen und Heizer und etwa 2000 Hafenarbeiter haben sich mit ihnen solidarisch erklärt. Die Hafenarbeiter wollen die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, da sie erwarten, die Reeder bewilligen die Forderungen der Seeleute. In Glasgow streiken die Matrosen und Heizer auf den Küstendampfern. In den anderen oben benannten Häfen streiken nur die Seeleute. — Ein großer Streik droht in London auszubrechen und ist vielleicht nach Verlauf einer Woche zur Tatsache geworden. In den Streik werden alle Docker, Stevedores, Fuhrleute, Kohlenträger und andere Flußarbeiter einbezogen sein. Die Arbeitgeber scheinen nicht geneigt zu sein, eine Erhöhung des Lohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu bewilligen. Einige Branchen im Hafen haben bereits die Arbeit eingestellt. Küstendampfer von Leith, Glasgow, Dubleen und Dundee, die zwischen diese Häfen und London fahren, haben Streikbrecher an Bord. Die Hafenarbeiter in London haben ihren Arbeitgebern gedroht, wenn die Streikbrecher nicht zurückgezogen werden, dann würden sie die betreffenden Schiffe boykottieren. Aus diesem Anlaß kam der Streik im Hafen von London plötzlich zum Ausbruch und wird schnell einen großen Umfang annehmen. Kein deutscher Arbeiter übe Verrat an seine kämpfenden Berufsgenossen! Unter 90 Mk. (4 Pfd. Sterl. 10 Shill.) darf in einem deutschen Hafen kein organisierter Seemann auf englischen Schiffen mustern.

Polizeiliche Provokationen beim Amsterdamer Seemanns- und Hafenarbeiterstreik. Die getreue Handlangerin des Reederkapitals, die Amsterdamer Polizei, ist nervös geworden, wahrscheinlich weil der Kampf der Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande nicht nach ihrem Wunsch verläuft. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag hat sie, und nicht zum wenigsten auch das Militär, durch ein unerträgliches provozierendes Auftreten einen schweren Konflikt verursacht, der Blut kostete. Ein einzelner Streikbrecher, der Angestellte einer großen Dampfergesellschaft, wurde, von einer großen Polizeimacht gedeckt, mit Absicht durch eine fast lediglich von streikenden Hafenarbeitern bewohnte Straße zu seinem Arbeitsplatz eskortiert, obwohl andere Straßen zu benutzen, die näher lagen, viel zweckentsprechender gewesen wäre. Es war nur zu erklärlich, daß die Aufregung der Arbeiter aufs höchste stieg, als bekannt wurde, daß ein Streikender, der aus irgend einem Umstand in die Nähe des Polizeitransports kam, einen schweren Schlag durch einen Polizeisäbel erhielt. Trotzdem geschah zunächst nichts, als daß in der dicht bevölkerten Straße von einigen Unbekannten ein paar Laternen ausgelöscht wurden. Und es wäre sicher auch nichts weiter passiert, wenn nicht plötzlich gegen 2 Uhr morgens eine Abteilung Soldaten mit geladenem Gewehr herangerückt wäre, der der Befehl erteilt wurde, ohne jede Warnung scharf zu schießen! Etwa 15 Personen wälzten sich in ihrem Blute! Zwei junge Leute wurden sehr schwer verletzt, eine Frau tödlich getroffen, sie starb noch in derselben Nacht! Nach Mordtaten setzte die bewaffnete Macht dadurch die Krone auf, daß sie die Leiter des Seemannsstreiks auf ihrem Bureau gefangen hält, so daß sie mit den Streikenden nicht in Verbindung treten können. Unser Parteiorgan „Het Volk" macht die Behörden voll und ganz für das angerichtete Blutbad verantwortlich.

Konferenz der Arbeitersekretäre.

An den Gewerkschaftskongreß in Dresden schloß sich eine zweitägige Konferenz der Arbeitersekretäre an, die von 85 Sekretariaten mit 91 Sekretären besucht war. Genosse Wissell-Berlin erstattete den Bericht des Zentral-Arbeitersekretariats, wobei er an der Hand von Beispielen zeigte, wie die einzelnen Sekretariate arbeiten müssen, um alle Vorteile für ihre Klienten auszunutzen. Rechtzeitige Zustellung der Akten an das Zentralsekretariat sei die wichtigste Vorbedingung für alle vor dem Reichsversicherungsamt zu vertretenden Fälle. Genosse Timm-München teilte seine Erfahrungen über das bayerische Landesversicherungsamt mit. Es folgte dann eine ausgedehnte Aussprache über die Aufgaben der Sekretariate in Unfallsachen. Dabei kamen lebhafte Klagen wegen der Überlastung so mancher Sekretariate. Die Einstellung von Schreibhilfe müsse in solchen Fällen gefordert werden. Ein Formularaustausch soll angestrebt werden, um die besten Methoden zur Arbeitsverminderung zu ermitteln. Der Ausbau der Kurse für die Beisitzer der Schiedsgerichte wurde in Vorschlag gebracht und fand allseitige Zustimmung. Für die Jahresberichte der Sekretariate empfahl Genosse Bauer-Berlin möglichste Kürze und nur die markanten Fälle in Einzeldarlegung. Weiter brachte er in Anregung, ein wöchentlich erscheinendes sozialpolitisches Organ herauszugeben, welches gleichzeitig den Sekretariaten, den Beisitzern und den Redaktionen der Partei- und Gewerkschaftspresse zugestellt werden solle. Beschlossen wurde, die Jahresberichte der Sekretariate in gedrängter Kürze herauszugeben und das sozialpolitische Blatt dem Korrespondenzblatt beizulegen. Über Unterrichtskurse für Arbeitersekretäre sprach Genosse Robert Schmidt. Die nur vierwöchige Dauer derselben wurde in der Diskussion bemängelt und auch Belehrung über die Zusammenhänge des juristischen Rechts gewünscht. Die Verhältnisse lassen es aber zurzeit nicht ratsam erscheinen, den Kursus über vier Wochen auszudehnen. Genosse Schmidt wünscht, daß nur praktisch und theoretisch vorgebildete Genossen als Arbeitersekretäre Anstellung finden. Genosse H. Müller-Berlin sprach über die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes und schilderte an drastischen Entscheidungen die „Gewöhnung der Unfallverletzten." Genosse Fette-Stuttgart behandelte die Haftpflicht der Sekretäre für die erteilte Auskunft. Die Generalkommission soll durch Umfrage feststellen, ob es sich empfiehlt, die Sekretäre nach dieser Richtung zu versichern. Über das Rechtsmittelverfahren nach der neuen Reichsversicherungsordnung sprach zum Schluß noch Genosse Schmidt-Berlin. Gewünscht wurde die Herausgabe einer Erläuterung der Reichsversicherungsordnung durch die soziale Abteilung der Generalkommission. Die Angelegenheit soll umgehend geprüft werden.

Soziales.

Die Bautätigkeit. Das Baugeschäft gestaltet sich im laufenden Jahre doch nicht so rege, wie man aus dem Verlaufe der ersten Monate des Jahres hatte schließen dürfen. Bis März hatte man erwarten dürfen, daß die Arbeitsgelegenheit reger werden würde als im Jahre 1909. Die Monate April und Mai machen aber eine Korrektur dieser Beurteilung notwendig. Der Andrang am Arbeitsmarkt geht in diesen Monaten über das Niveau des Jahres 1909 wieder hinaus. Seit 1906 zeigen nur die Jahre 1908 und 1910 höhere Andrangsziffern. In den Jahren 1906 bis 1911 betrug nämlich der Andrang am Arbeitsmarkt des Baugewerbes während der ersten fünf Monate:

	Januar	Februar	März	April	Mai
1906 . . .	221,68	238,43	144,12	116,47	108,55
1907 . . .	251,45	250,83	125,72	110,26	108,67
1908 . . .	374,00	359,61	156,02	159,92	150,97
1809 . . .	441,37	643,56	235,04	126,36	112,25
1910 . . .	499,49	342,27	157,53	146,78	182,90
1911 . . .	396,58	365,60	161,00	128,91	116,34

Bis März verlief der Andrang niedriger als 1909; dann tritt eine Wendung ein, die für das laufende Jahr eine geringere Zunahme der Arbeitsgelegenheit bedeutet, als wie sie sich für das Jahr 1909 ergeben hatte.

Überzöllner. Bestrebungen, die teils von den Vereinigten Kunstseidefabriken Frankfurt a. M., teils vom Zentralverband deutscher Industrieller ausgehen, zielen auf eine Erhöhung der Zölle auf Kunstseide, und zwar gleich auf den zehnfachen Satz von 300 Mk. (ein Antrag versteigt sich sogar auf 625 Mk.) Gegen diese Anträge, die jede Rücksicht auf die verarbeitende Industrie vermissen lassen, hat nach der „Frankf. Ztg." der Verein deutscher Seidenwebereien in Düsseldorf in einer Denkschrift Widerspruch erhoben. Er weist darauf hin, daß die Zollerhöhungsanträge sich lediglich auf die Verhältnisse des viel Alkohol verbrauchenden Nitrozelluloseverfahrens stützen, nach dem aber heute nur noch zwei Fabriken arbeiten. Nicht nur das Kupferoxidammoniakverfahren ist gewinnbringend, sondern auch die anderen Verfahren, besonders das Viskoseverfahren. Die Ausfuhrfähigkeit sowohl von Krawattenstoffen, in denen jetzt sehr viel Kunstseide verarbeitet wird, als auch von seidenen Bändern und den sogenannten Barmer Artikeln würde durch eine Verteuerung des Rohmaterials Kunstseide infolge einer Zollerhöhung ohne Zweifel in Frage gestellt, besonders im Hinblick auf die gerade in letzter Zeit infolge verschiedener Umstände erstarkte Konkurrenz in der Schweiz, in Belgien und Böhmen, der die Kunstseide zollfrei und demnach billiger zur Verfügung steht. Es heißt die wahren Absichten verschleiern, wenn die Kunstseidefabriken wiederholt betonen, daß mit einer Zollerhöhung nicht eine Preiserhöhung beabsichtigt sei, auf der anderen Seite begründen sie ihre Anträge gerade mit dem allgemeinen Preisrückgang. Schließlich müßten in Deutschland aus einer Erhöhung des Kunstseidezolls auch die nötigen Folgerungen, nämlich eine Erhöhung des Zolls auf kunstseidene Artikel aller Art gezogen werden, ebenso wie es in Frankreich geschehen ist. So hätte man wieder eine Schraube ohne Ende — die den Konsumenten auspreßt und dazu die Verhältnisse am Arbeitsmarkt sehr ungünstig beeinflußt.

Aus dem Gerichtssaal.

Todesurteil. Das Schwurgericht Berlin verurteilte den Arbeiter Hartmann, der im März 1911 die Arbeiterfrau Gorzolewski in der Nähe von Stolpe an der Nordbahn beraubt und erdrosselt hatte, zum Tode und lebenslänglichem Ehrverlust.

Im Moabiter Krawallprozeß verwarf das Reichsgericht die Revision des Laufburschen Meier und neun seiner Genossen gegen das Urteil des Landgerichts I Berlin vom 11. Januar 1911.

Das geht selbst dem Reichsgericht zu weit. Den Justizdienern des bürgerlichen Klassenstaates gilt jeder Angriff auf das geheiligte Eigentum, weil es die Grundlage unserer Gesellschaftsordnung bildet, als ein schweres Verbrechen. Aus diesen Anschauungen heraus erklärt es sich, weswegen beispielsweise Körperverletzungen häufig nicht so schwer bestraft werden, als Diebstähle und andere Eigentumsvergehen. Einen Rekord hat in dieser Beziehung kürzlich die Strafkammer in Mühlhausen (Thüringen) aufgestellt. Sie hat am 7. April den Arbeiter Christian Genzel wegen betrügerischen Bettelns in zwei Fällen zu **zwei Jahren Zuchthaus (!)**, dreihundert Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Der Angeklagte hat gebettelt und unter Angabe unwahrer Tatsachen seine Notlage geschildert. In dem einen Falle behauptete er, er sei mit seiner Familie obdachlos geworden, obwohl er gar keine Familie hat. In diesem Falle erhielt er ein Geschenk von 1,50 Mk. Die Geschädigten würden ihm, wenn sie den wahren Sachverhalt gekannt hätten, nichts oder nicht so viel gegeben haben. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück, da die Voraussetzungen des wiederholten Rückfalls nicht einwandfrei festgestellt sind.

Aus Nah und Fern.

Deutscher Rundflug. Freitag früh ging in Nordhausen der Start für den Etappenflug Nordhausen—Halberstadt, in dessen Verlauf die Aviatiker den Harz überfliegen müssen, vor sich. Als erster stieg Büchner mit Leutnant Steffen als Passagier um 4 Uhr 3 Min. auf. Ihm folgte um 4,14 Wienczierz, der jedoch um 4,15 wieder umkehrte um einen Defekt am Apparat zu beseitigen. Ebenfalls um 4,14 stieg Vollmöller mit Oberleutnant Bertram als Passagier auf, um 4,25 Laitsch ebenfalls mit Passagier und um 4,52 Nölle auf einem Grade-Eindecker. Jeannin flog um 5,28 ab. Wienczierz fuhr beim zweiten Aufstieg gegen das Flugzeug Königs, das dabei leicht an der rechten unteren Tragfläche beschädigt wurde, während an Wienczierz Apparat der Propeller Schaden erlitt. Beide Flieger werden imstande sein, abends nach Halberstadt zu fliegen. Hanuschke machte auf einem selbstkonstruierten Eindecker einen Probeflug, fiel aber unweit des Bahndamms, ohne Schaden zu nehmen, nieder. Der Apparat wurde unbedeutend beschädigt. — Über die Ankunft in Halberstadt liegen folgende Nachrichten vor: Büchner ist um 4,42 Uhr in Halberstadt glatt gelandet. Nölle, der um 4,52 Uhr von Nordhausen abgeflogen ist, hat eine Zwischenlandung vorgenommen und traf in Halberstadt um 6,16 Uhr ein. Nölle ist der erste Grade-Pilot, der in Wettbewerb um den Streckenpreis des deutschen Rundfluges eingetreten ist. Seine Zeit zur Überfliegung des Harzes beträgt einschließlich des Aufenthaltes 1 Stunde 24 Minuten, die absolute Flugzeit 49 Minuten. Laitsch kam hier nach einem Fluge von 48 Min., den er in einer Höhe von ungefähr 800 Metern zurücklegte, um 5,15 Uhr an und landete glatt. Auch Vollmöller ist bereits eingetroffen.

Religiöser Fanatismus. In Lippspringe, einem unweit Paderborn gelegenen Badeort, ist die Bevölkerung durchweg katholisch; nur elf protestantische Familien leben dort. Letztere haben für ihre Kinder eine eigene Schule, sogar ihre Kirche und einen Seelenhüter. Die Fürsorge des Staates für das kirchliche Wohl ist gewiß liebevoll. Der protestantische Pfarrer ist vor einem Vierteljahr Vater geworden. Vor etwa zehn Tagen wurde der kleine Erdenbürger zum erstenmal in den Pfarrgarten gefahren, wo das Kind einige Zeit ohne Aufsicht blieb. Eine Anzahl katholische Kinder im Alter von 10 bis 13 Jahren schlichen sich an den Gartenzaun und bombardierten den harmlos schlummernden Säugling unter dem wüsten Geschrei: „Dat evangelische Balg (Kind) mutt steinigt war'n." Das Kind blieb glücklicherweise unverletzt. — So wird die „christliche Nächstenliebe" in die Seelen der Jugend eingepflanzt, die sich durch solche Roheiten Luft macht.

Explosion. In Köln spielten mehrere Kinder mit einer mit Karbid gefüllten Büchse und gossen Wasser hinein. Durch die Explosion wurden drei Knaben zum Teil schwer verletzt.

Der Bierkonsum in München ist trotz der im vorigen Jahre eingetretenen Bierpreissteigerung und der Antialkoholbewegung im Jahre 1910 gegenüber dem Jahre 1909 um fünf Liter pro Kopf der Bevölkerung gestiegen. Auch die Bierausfuhr aus München ist ständig im Wachsen begriffen.

Bluttat eines Geisteskranken. Aus Weinsberg (Württemberg) wird berichtet: Als am Donnerstag einige Geisteskranke der Weinsberger Heilanstalt mit dem Wärter bei der Feldarbeit beschäftigt waren, geriet plötzlich ein sonst harmloser Kranker in Erregung, erschlug einen anderen Kranken mit einer Hacke und verletzte den herbeieilenden Wärter schwer. Hierauf entfloh er, wurde jedoch später festgenommen.

Der Expreßzug Havre-Paris ist bei der Ausfahrt vom Bahnhof in Mantes entgleist. Der Post- und der Gepäckwagen sind zerstört. Der Zugführer und zwei Postbeamte sowie drei Reisende, darunter ein Fräulein Messager, Tochter des Direktors der Pariser Großen Oper, wurden verwundet.

Die Sieger im westeuropäischen Rundfluge. Der Bleriotflieger Beaumont, der trotz einer bei Calais erlittenen Panne als Vierter in Vincennes um 9 Uhr 25 Min. eintraf, ist der Sieger des ganzen westeuropäischen Rundfluges, und zwar mit 58 Stunden 36 Minuten. Zweiter ist Garros, gleichfalls ein Bleriot-Flieger, der um 9 Uhr 15 Min. in Vincennes landete, mit der Gesamtzeit von 62 Stunden 18 Minuten. Dritter ist Vidart, der Sieger der heutigen Etappe, mit 73 Stunden 35 Minuten. Renoux traf mit einem Passagier um 10 Uhr 25 Min. in Vincennes ein. Der Apparat von Vedrines überschlug sich bei der Landung und wurde vollständig zertrümmert. Vedrines ist unverletzt. Kimmerling wurde ebenfalls von einem Unfall betroffen. Sein Apparat ist zertrümmert, er selber schlug sich mehrere Zähne aus. Trotzdem setzte er die Fahrt mit einem anderen Apparat fort und landete um 10½ Uhr. Beaumont gewinnt 80 000 Francs vom Preise des Journal. Beaumont ist auch als Sieger aus dem Luftrennen Paris—Rom hervorgegangen.

Der Hunger. Im Gouvernement Orenburg ist eine große Hungersnot ausgebrochen. Die Getreidefelder und Wiesen sind durch die furchtbare, schon mehrere Wochen anhaltende Dürre verbrannt. Das Vieh beginnt zu verhungern. Unter den Kirgisen-Kosaken ist eine Panik ausgebrochen, da sie keine Hilfe erhalten.

Von österreichischen Grenzwächtern erschossen. Viel Empörung hat ein Vorfall hervorgerufen, der sich gestern an

der tiroler-schweizerischen Grenze abspielte. Zwei junge Leute wollten sechs Kilogramm Kaffee aus der Schweiz über das 2000 Meter hohe Schartl nach Tirol einschmuggeln, wobei sie im Gebirge auf vier österreichische Grenzwächter stießen, die auf die flüchtenden Schmuggler feuerten. Einer von ihnen wurde in den Unterleib getroffen. Der Unglückliche lag bis zum nächsten Morgen am Tatort, bis die gerichtliche Kommission erschien. Dann wollte man den Mann nach Meran ins Krankenhaus bringen, doch starb er bereits auf dem Transport. Die Bevölkerung ist über das Vorgehen der Behörden aufs heftigste empört.

Die Hitze in Nordamerika. Nach einer telegraphischen Meldung aus Neuyork sind am Donnerstag, obwohl heftige Gewitterstürme die Hitze milderten, doch infolge der Hitze 44 Todenfälle in Neuyork, 49 in Boston, je 16 in Philadelphia und Baltimore, 14 in Pittsburg und 13 in Neuhaven vorgekommen. Es scheint, als ob die Amerika unglücklich machende Glutwelle jetzt auch England erreicht hat; **denn am Donnerstag stieg in London das Thermometer auf 35 Grad Celsius im Schatten. Auf dem Lande war die Hitze nur um wenige Grad geringer. Aus London wird ferner telegraphiert: Es war seit vielen Jahren der heißeste Tag, den England erlebt hat. Indessen hört man nur von einem einzigen Unfall infolge der Hitze, und zwar in Worthing, wo ein Mann tot auf der Straße niederstürzte. In den Restaurants wurden nur kalte Speisen gegessen, und die Theater standen fast leer, obwohl es abends etwas erträglicher geworden war. Die Parks waren übervoll von Menschen, die auf dem kühlen Rasen schliefen.**

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit", Heft 40.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 7. Juli.

1. Qualität	118—121 Mk.
2.	105—112 „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	108—112 „
do. II. do.	104—107 „
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	— „
Galizische und ähnliche	— „
Finländische Sommerbutter, verzollt	— „
Amerikanischeund fremde, verzollt	— „

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

über die Eröffnung der staatlichen Säuglingsfürsorgestelle

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß in Lübeck eine Säuglingsfürsorgestelle eingerichtet worden ist, in welcher Mütter oder Pflegemütter in allen Fragen der Ernährung und Pflege der Säuglinge im Alter bis zu 2 Jahren unentgeltlich ärztlichen Rat erhalten. Die Sprechstunden der Fürsorgestelle werden bis auf weiteres abgehalten:

an jedem Mittwoch von 1 bis 2½ Uhr im Kinderhospital, Hüxtertor-Allee 41, durch den Kinderarzt Dr. med. Pauli

und

an jedem Freitag von 1 bis 2½ Uhr im Schulgebäude, Schwartauer Allee 44a, durch den Kinderarzt Dr. Joël.

Kinder, welche an ansteckenden Krankheiten leiden, dürfen nicht mitgebracht werden.

Lübeck, den 9. Juli 1911.

Das Medizinalamt.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlichst

Heinr. Dreis und Frau.

Nach der Straße belegenes **Logis** sofort zu vermieten.
Johannisstraße 65.

Zum 1. Oktober eine **2-Zimmer-Wohnung** (Preis 235 Mk.) und eine **3-Zimmer-Wohnung** (Preis 240 Mk.) zu vermieten.
Näheres Georgstraße 35, 3. Et.

Zum 1. Oktober **eine Wohnung** nach vorne zu vermieten.
Elsmigstraße 42 a.

2-Zimmer-Wohnungen (Holstentor) zum 1. Oktober zu vermieten. Näh. Schwartauer Allee 30, Part.

Zum 1. Okt. zu verm. **abgeschl. 2-Zimmer-Wohnungen** mit allem Zubehör. 175 und 200 Mk.
Chasotstraße 24.

Ein freundlich möbl. **Zimmer** zu vermieten.
Tornestraße 23, 2. Et.

Ein möbliertes Zimmer nach vorne zu vermieten.
Weberstraße 22.

Ein freundlich möbl. **Zimmer** zu vermieten.
Westhoffstraße 19, Part.

Zum 1. Okt. abgeschl. **2- und 3-Zimmer-Wohnungen** m. a. Zub.
Buschkiststraße 8, Mühlentor.

Zu vermieten zum 1. Oktober in unserm Hause **Schwartau**, Gutinerstraße

Zwei-Stuben-Wohnung

mit Gas- und Wasserleitung.
Näheres in unserer Abgabestelle Schwartau oder in unserm Kontor, Lübeck, Nebenhofstraße 12.

Konsumverein für Lübeck u. Umg. e. G. m. b. H.

Zum 1. Oktober **2 Wohnungen** mit Gartenland zu vermieten.
Stockelsdorf, Lohweg 20.

Zum 1. Oktober eine **Zwei-Stuben-Wohnung** zu vermieten.
Hackenburg 26.

Z. 1. Okt. eine freundl. **2-Stuben-Wohnung** an einzelne Leute zu vermieten. Preis 190 Mk.
Näheres Langer Lohberg 11, I.

Zum 1. Oktober eine **Drei-Zimmer-Wohnung** zu vermieten.
Glandorpstraße 14.

Zu sofort oder später **Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen** zu vermieten. Näheres
Kottwitzstraße 38, pt., r.

Zu vermieten mehrere abgeschl.

2-Stuben-Wohnungen

und eine **3-Stuben-Wohnung**

Näheres Chasotstr. 18 pt. vorne.

Arnimstrasse 39 b eine 2-Zimmer-Wohnung mit Küche u. Zubehör.
Näheres: Parterre bei Grammann.

Eine 3-Stuben-Wohnung

zum 1. Oktbr. zu vermieten. Preis 200 Mk. **P. Moll, Vorwerk.**

Haus m. Stall u. Garten an d. Schönböker Chaussee bill. z. verk.
Näheres: Prießstraße 19 pt.

Zu kauf. ges. e. kl. **Haus** in d. Nähe des Brolingsplatzes b. ger. Anz. Gen. Ang. unter **A N** an die Exped.

Eine junge Katze zu versch.

Marlesgrube 48, Hinterhaus.

Eine junge Ziege

zu verkaufen. Arnimstraße 31.

Kaninchen zu verkauf.

(Russenhäsin mit 3 Jungen).
Näheres Ludwigstr. 70, I.

Achtung! Achtung!

Organisierte Arbeiterschaft!

Nur die Geschäfte haben die Forderungen der Friseurgehilfen bewilligt, welche im Besitze eines mit rot und blauem Druck versehenen Plakates sind.

Nun bitten wir die organisierte Arbeiterschaft, unsere kleine Gewerkschaft zu unterstützen.

Achtet auf die Plakate, laßt Euch die Verbandsbücher des Gehilfen zeigen und laßt Euch abends vor 8 Uhr und Sonnabends vor 10 Uhr bedienen.

Die Tarifkommission des Verbandes d. Friseurgehilf.

Die Krankenpflege : im Hause :

als neunzehntes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenstube, Hilfeleistung, Lagerung und Reinhaltung des Kranken 2c. wichtige Ratschläge gegeben sind.

Preis 20 Pfg.

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Wohnungs-Veränderung.

Meine Wohnung befindet sich jetzt

Gewerdesstraße 5

und bitte auch fernerhin bei vorkommenden Malerarbeiten um geschätzte Aufträge.

Max Stein, Maler,
Gewerdesstraße 5.

Aerztlicher Sonntagsdienst

am 9. Juli von 1 Uhr an.
Dr. med. Heddinga, Geibelplatz 1.
Dr. med. Pée, Königstraße 69.
Dr. med. Dinkgraeve, Moisl. Allee 22

Käselager Schlumacherstr. 12.

Tilsiter Pfund **20** Pfg.
Schweizerkäse Pfd. **30** u. **40** Pfg.
Verkauf auf der Diele.

Willy Koch

:: Zahntechniker ::
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Käse! Käse!

2000 Pfd. **schönen vollfetten Tilsiter** per Pfd. **45** Pfg.
Fleischhauerstraße 48.

Aufgabe halber verschied. Muster bedeutend unter Preis für Händler u. Private. Eleg. bestickte Salongarnituren in Tuch, Plüsch, Gobelin und Seidenbezug **100** M., **150** u. **165.** Prachtvolle Plüschgarnituren **85** M., Bortgarnituren **110** M., Divans **65** M., Umbauten **75** M., Salon- u. Prunkschränke **75** M., Vertikos, reich geschnitzt, **55** M., Salon- und Auszugtische **18** M., Gr. Trumeaus **35** M., Schreibtische, wertvolle Schlafzimmer, Küchen, Garderoben, Lederstühle. Hunderte von Dankschreiben für prachtvolle Lieferungen.
Lager: **Wahmstraße 83.**

Sohlen-Ausschnitt empfiehlt billigst
Heinr. Schlüter, Lederhandlung
Glandorpstraße 7.

Täglich in allen Verkaufsstellen:

Frisches

Kraft-Dauer-Brot

C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

Eine Partie

Bruchkäse

besonders preiswert.

Johannes Müller
Hartengrube 21.

Jetzt günstigste Zeit

zur Eindeckung des Winterbedarfs in

Brennmaterialien

Für alle Sorten gelten

ermässigte Sommerpreise.

Lieferung von nur **erstklassiger Ware** unter voller **Garantie** des **richtigen Gewichts.**
Bestellungen erbittet

Christian Gäde.

Kontor: Fischergrube 4. Fernsprecher 242.

„Brennabor und Florett"-

Fahrräder.

Viele **Arbeiter** bezeugen mir, daß sie mit meinen Rädern am besten und billigsten fahren. Bekannt kulante Bedienung und erleichterte Zahlungsbedingungen. Sämtliche Reparaturen und Ersatzteile. Schriftliche Garantie.

H. A. Hill Nachflgr., Walter Schmidt, Reparatur-Werkstatt, Johannisstraße 9.

Geschäfts-Eröffnung!

Einem geehrten Publikum Lübecks und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich die Frau **Schmütz** gehörige, zuletzt von Herrn **Lachmann** betriebene, Gastwirtschaft

Restaurant zur Glocke

Glockengießerstraße 85

käuflich übernommen habe und mit dem heutigen Tage, neu renoviert, eröffne. Indem ich gute Speisen und Getränke, sowie aufmerksame Bedienung zusichere, zeichne

Hochachtungsvoll

Johann Ritter

langjähriger Bierfahrer der Aktien-Brauerei.

Sehr preiswert!

Sonntag früh von 7½ bis 9 Uhr ein großer Posten, ganz frisch gesalzene

Schnauzen, Pfoten und :: Schweinefleinfleisch ::

in sehr schöner, tadelloser Ware

das Pfund nur 8 Pfg.

Verkauf in der Fabrik
:: **Beim Retteich 14** ::

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

Empfehle

Göricke- u. Corona-Fahrräder

in allen Preislagen.

Große Auswahl. Volle reelle Garantie.

Günstige Zahlungsbedingungen.
Sämtliche Ersatzteile auf Lager. — Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt.

Th. Vedder, Friedenstraße 1.

Bungescher Speise-Essig ist anerkannt der beste.

Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:

H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Ausverkauf in Schuhwaren.

Extra billige Preise.

Hunderte von Paaren, teils zur Hälfte des reellen Wertes.

Bitte Schaufenster beachten.

Drenske, Breite Straße 21.

Preußische Lose

Ziehung 1. Klasse **11. und 12. Juli 1911.**

1/8	1/4	1/2	1/1
M. 5.—	10.—	20.—	40.—

Telephon 58.

Lübeck, Breite Str. 53, I.
Haus Freyholz.

Falck,
Königl. Lotterie-Einnehmer.